

Bergwerk Peru



Reichtum geht - Armut bleibt



Eine Leseheft zur Informationskampagne "Bergwerk Peru: Reichtum geht - Armut bleibt"

Die Kampagne wird getragen von Caritas International, Dözese Mainz, FIAN Deutschland e.V., Informationsstelle Peru e.V., Kolping International, Misereor, Kirchliche Peru-Partnerschaftsgruppen, Pidecafe, Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick - Cajamarca, Volkshochschule Ulm



INHALT DER BROSCHÜRE

- 01 Einleitung
 - 03 "Wie ein Berggott einen Kranken heilt" - Die Bedeutung der Berge in den Anden Perus
 - 05 Peru: Land & Menschen, Wirtschaft und Armut
 - 08 Perus Bergbau und seine Bedeutung für die Wirtschaft
 - 12 Devisenquelle Bergbau - Ausverkauf auf Druck
 - 14 Die Umweltgesetzgebung in Peru – ein Produkt des Neoliberalismus der Fujimori-Ära
 - 17 Unterschiedliche Akteure, verschiedene Interessen
 - 19 Lokale Auswirkungen des Bergbaus in Peru
 - 21 Cajamarca - 10 Jahre Goldbergbau und die Folgen
 - 24 Tambogrande: Friedlicher Kampf für die Landwirtschaft bringt Etappensieg
 - 27 Bleierne Zeiten in La Oroya
 - 29 Positiver Widerstand: Forderungen und Handlungsziele
 - 31 Gesucht wird: Ihre Stimme
-

Herausgeber

Infostelle Peru e.V.
Postfach 1014
79010 Freiburg
Tel.: 0761-7070840
Fax: 0761-709866
Email: merk@infostelle-peru.de
Internet: www.infostelle-peru.de

Redaktionsteam

Mathias Hohmann, Hans Meister,
Elena Muguruza, Michael Schrick

Fotos

Vorderseite: Blick auf die Lagerstätte Maqui-Maqui in Cajamarca (Sjoerd Panhuysen), Kinder aus Bergbauregionen (GRUFIDES/ ECOVIDA);
2. Umschlagseite: Bergbau in Cajamarca, Verschmutzter Quebrada Encajon, Kind in Hospital nach Quecksilberunfall in Choropampa im Juni 2002 (GRUFIDES, ECOVIDA)

Druck

Agit-Druck, Berlin
Freiburg, Juni 2004

Einleitung

"(...) Lo que nos corresponde como autoridades es promover la inversión privada. (...) las libertades y derechos que nos da lademocracia, pueden convertirse en el principal opositor de la inversión privada".

"(...) Als Behörden steht uns an, private Investitionen zu fördern. (...) Die Freiheiten und Rechte, die uns die Demokratie gibt, können sich in den Hauptgegner der privaten Investition wandeln".

*José Leon Rivera,
Minister für Landwirtschaft Perus, Mai 2004*

Peru ist für viele Menschen in erster Linie ein attraktives Reiseziel. Atemberaubende Landschaften kennzeichnen es ebenso wie eine stolze und reiche Kulturgeschichte. Die Historie Perus kennt eine lange Leidensgeschichte, besonders seit der Zerstörung des Inkareiches.

Die jüngere Geschichte in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts war geprägt durch wirtschaftlichen Niedergang und durch Gewalt. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts verfiel die peruanische Wirtschaft zunehmend. Die Inflation der Landeswährung erreichte 1989 eine Höhe von 8.000%. Der interne Krieg zwischen den terroristischen Gruppen Sendero Luminoso, dem Militär und den Staatssicherheitskräften (1980 – 2000) brachte massive Gewalt in das Land, deren Hauptopfer die Zivilbevölkerung war. Der im August 2003 vorgelegte Endbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission Perus zählt 69.000 Opfer.

Zwischen 1990 und 2000 verfolgte Präsident Alberto Fujimori eine neoliberale Entwicklungsstrategie: staatliche Unternehmen wurden privatisiert, Märkte liberalisiert. Zwar verbesserten sich die Wirtschaftsdaten Perus (Eindämmung der Inflation). Diese Verbesserungen vollzogen sich jedoch auf Kosten von Korruption, autokratischer Herrschaft und sich verschärfenden sozialen Spannungen.

Peru ist bei ausländischen Gläubigern mit ca. 28 Mrd. US\$ verschuldet, dies entspricht ca.

50% des jährlichen Bruttoinlandsproduktes. Die unter Fujimori und dem aktuellen Präsidenten Alejandro Toledo verfolgte Wirtschaftsstrategie hat vor allem ein Ziel: Geld in die Kassen des Staates zu bringen und gegenüber internationalen Finanzinstitutionen zahlungsfähig und damit kreditwürdig zu sein. Dafür ist der Ausverkauf der natürlichen Rohstoffe des Landes eine Möglichkeit.

Seine Bodenschätze machen Peru zu einem reichen Land. Die Bewirtschaftung dieser Ressourcen liegt aber zu mehr als 90% in den Händen privater Unternehmen. Mehrheitlich sind es ausländische, transnational agierende Unternehmen. Die Belebung des Bergbaus in Peru während der 90er Jahre (besonders Gold- und Zinnengewinnung) hatte zahlreiche Gesetzeserlässe und -änderungen zur Voraussetzung, die dem Hauptziel untergeordnet waren, ausländische Investitionen anzulocken.

Ressourcenreichtum des Landes und Exporterfolg des Bergbaus stehen im Widerspruch zur wirtschaftlichen Situation der Menschen. Mehr als 50% der 27 Millionen Peruaner leben in Armut. Die Erlöse durch die Rohstoffexporte in Höhe von rund 4,5 Mrd. US\$ (2003) machen knapp 50% der gesamten peruanischen Exporteinnahmen aus. Auf die lokale Entwicklung hat dies jedoch keine relevanten ökonomischen Auswirkungen. Besonders in den Bergbauregionen ist die Armut im Laufe dieser Zeit weiter angewachsen.

Die zahllosen Versprechen, der Bergbau würde lokale Entwicklung bringen, führen angesichts der real ausbleibenden Entwicklung vor Ort zu wachsenden sozialen Konflikten. Verstärkt wird diese Situation durch den enormen Flächenanspruch des expandierenden Bergbaus, der bestehende wirtschaftliche Strukturen und Aktivitäten gefährdet und zu wachsenden Konflikten bei der Ressourcennutzung führt. Menschenrechtsverletzungen, Umweltprobleme sowie soziale Spannungen sind die Folgen einer Ungleichheit in der Machtverteilung zwischen ökonomisch dominanten

Unternehmen, einem schwachen Staat und einer mehrheitlich armen Bevölkerung.

Gegen die staatlich geförderte Strategie 'Entwicklung durch Bergbau' mit ihren nachteiligen Auswirkungen setzt die betroffene Bevölkerung verstärkt ihre Stimmen, Aktionen, Organisationsstrukturen und Interessenvertretungen. Umweltverschmutzung infolge fehlenden Vollzuges von Gesetzen wird nicht mehr hingenommen, Bergbauprojekte ohne soziale Lizenz und Mitsprache der lokalen Bevölkerung werden nicht mehr akzeptiert. Die Menschen wehren sich gegen eine aufgezwungene Entwicklung, die Bestehendes bedroht, ohne entsprechende langfristige Alternativen für Beschäftigung und Einkommen zu bieten. Sie verlangen ein Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung, eine gesunde Umwelt und den Schutz ihrer Gesundheit.

Die Broschüre ist Teil der Kampagne "Bergwerk Peru: Reichtum geht - Armut bleibt" und

soll auf einen blinden Fleck aufmerksam machen. Dieser medial blinde Fleck ist für die peruanischen Partnerorganisationen und -gruppen alltägliches Ärgernis. Auch wenn die Länder des *Nordens* von dieser Situation kaum etwas hören, sind sie über ihren eigenen Ressourcenanspruch und -verbrauch mit dieser Situation und den Problemen unweigerlich verbunden.

Wir möchten zeigen, welche Bedeutung Bergbau in Peru hat, welche aktuellen Entwicklungen und Auswirkungen zu beobachten sind und welche Forderungen von verschiedener Seite an ihn gestellt werden.

Peru steht exemplarisch für zahlreiche verschuldete Länder des *Südens*, deren wirtschaftliches Überleben vom Export ihrer Bodenschätzen abhängt.

Das Kampagnenteam



Der Berg Quilish in Cajamarca im Jahr 1991

Foto: Marco Arana/GRUFIDES

“Wie ein Berggott einen Kranken heilt”

Die Bedeutung der Berge in den Anden Perus

Im Folgenden werde ich eine Erzählung vorstellen, die mir Don Bernardino, ein damals 73-jähriger sehr liebenswerter Bauer in seiner Muttersprache Quechua erzählte. Er erzählte mir die Geschichte in seinem Heimatdorf Pomacanchi, das 120 km von Cusco entfernt in den südlichen Anden Perus liegt. Es deutet vieles darauf hin, dass die Geschichte von Don Bernardinos eigener Heilung handelt.¹

“Wie ein Berggott einen Kranken heilt”

Bernardino Q., Pomacanchi (Übersetzung aus dem Quechua)

Jeder Mensch wird einmal krank. Wenn jemand krank wird, kommt zu ihm der *linaje*, wenn sie ihn dort auf dem *Ausangate* rufen lassen [*linaje* und *apu* bezeichnen einen Berg bzw. Berggott. Der *Ausangate* ist ein schneebedeckter über 6000m hoher Berg und noch von Pomacanchi aus zu sehen]. Er kommt auf den *Ausangate* angetan mit Sporen.

“Aus welchem Grund, aus welchem Grund, aus welchen Gründen laßt ihr mich rufen?” “Also, auf diese und jene Weise sind wir krank geworden. Deshalb, ja mein *linaje*, *linaje*, lassen wir dich hierher rufen. Vielleicht könntest du diesen Kranken heilen. Vielleicht könntest du diesen Kranken heilen.” “Wie sollte ich ihn nicht heilen können! Also, gut! Nur mit meinen Händen werde ich ihn berühren.” “Komm näher her zu mir”, sagt er zu dem Kranken. Und der Kranke nähert sich ihm. Als er sich ihm nähert, massiert der *linaje* ganz zärtlich nur so mit seinen Händen den ganzen Körper des Kranken, von seinem Gesicht bis über seinen ganzen Körper.”

Da sagt der Kranke: “Danke Papá.”, so sagt er. Da antwortet der *linaje*: “Mein liebes Kind, ich bin der *Apu Ausangate*. Deshalb bist du jetzt gesund, ich habe dich soeben geheilt. Da deine Krankheit geheilt ist, kannst du dich jetzt frei bewegen. Ich habe dich soeben geheilt.” “Danke Papá, du hast mich wirklich geheilt.” erwiderte (der Mann). “Kann ich jetzt gehen, Papá? Danke, Papá.” “Ja, du kannst jetzt gehen. Und ich bin dein *compadre*/Gevatter. Ich bin, seit du geboren wurdest, dein *compadre*/Gevatter, ja. Da ich dich gleich als erster aufgehoben habe, ja, deshalb bin ich dein *compadre*/Gevatter. Und deshalb bist du jetzt endgültig gesund, mein Kind, mein Patenkind, aber du sollst dich immer an mich erinnern, erinnere dich an mich. Ich bin dein *compadre*/Gevatter, der *Apu Ausangate*,” dies sagte er, sagt er also.

Danach wird (der Kranke) gesund, er wird gesund. Und er erinnert sich daran, er erinnert sich daran, wie es war, als der *linaje* ihn so, nur mit seinen Händen, mit seinen Händen geheilt hat. Der *linaje* gab ihm weder eine Medizin noch sonst etwas. Und so geheilt geht es ihm gut, ihm, der zuvor an den Beinen gelähmt war und sich nirgendwohin bewegen konnte.

Er erinnert sich also an seinen *compadre*/Gevatter, wie ihn dieser geheilt hat.

“Noch einmal werde ich ihn rufen lassen,” sagt er. Den *linaje* läßt er durch diesen *paqo*/Schamanen rufen. Der *paqo*/Schamane also, der *paqo*/Schamane sagt dort am selben Ort (zu dem Mann): “Gut, mein *compadre*/Gevatter, du bist schon gesund, aber lass dich noch einmal behandeln,” sagt er, “lass dich noch einmal behandeln.”

“Ah, mein Kind, wie geht es dir?” sagt (der *linaje*): “Mein Kind, wie geht es dir?” “Ja, Papá, ich bin jetzt schon ziemlich gesund, Papá, doch behandle mich noch einmal. Da du mein *compadre*/Gevatter bist, *papá linaje*, erinnere ich mich jetzt immer an dich, und deshalb habe ich dich jetzt noch einmal rufen lassen, mein *compadre*/Gevatter,” sagt er. “Gut, mein Kind, in Ordnung, jetzt wirst du noch viel gesünder werden.”

Noch einmal berührt ihn der *linaje*, dass er ganz weich und sanft wird. Der *linaje* berührt ihn also noch einmal so, dass er ganz weich und zart wird.

“Jetzt ist es gut!” “Danke,” sagt (der Mann). Der *linaje* trinkt den Wein aus. “Jetzt ist es gut.” Er stellt

die Weinflasche hin. Nachdem er den Wein aus der Flasche getrunken hat, geht der *linaje* weg. "Danke, mein liebes Kind," sagt er und entfernt sich sogleich.

Und durch den *linaje* ist seitan der, der an den Beinen gelähmt war, gesund und kann sich sehr viel freier bewegen als zuvor.

So ist es , Senorita, so endet es.

Die *apus* oder *linajes* sind im gesamten Leben der Bäuerinnen und Bauern (*campesinos*) gegenwärtig. Sie beschützen sowohl soziale Einheiten (einzelne Dörfer oder ganze Regionen) wie auch Individuen. Um dies zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, dass die in der andinen Kultur verwurzelten Menschen religiöse Menschen sind im Sinne von Mircea Eliades Unterscheidung zwischen dem religiösen und dem nicht-religiösen oder profanen Menschen. Über den religiösen Menschen sagt er u.a.: "Für den religiösen Menschen ist die Natur niemals nur 'natürlich': sie ist immer von religiöser Bedeutung erfüllt." (Eliade 1990: 103)

Deshalb sind für die andinen Menschen die Berge nicht einfach Berge, also reine Naturerscheinungen, sondern eine Manifestation des Heiligen. Ein Berg ist deshalb immer ein Berg und doch ist er gleichzeitig etwas Göttliches, etwas Heiliges, eben ein *apu*, ein *linaje*.

Die Macht eines *apu* oder *linaje*, und somit seine Möglichkeit zu beschützen, korrelieren mit der Höhe des jeweiligen Berges. Der Ausgangspunkt, von dem in der Erzählung die Rede ist, ist ein 6372 m hoher schneebedeckter Berg. Er ist der höchste Berg der Region, und somit der mächtigste *apu*, und wacht über die ganze Region Cusco. Der Kranke, Don Bernardino, hat also einen sehr mächtigen Beschützer und Helfer. Dies ist sein Glück, denn er leidet an einer sehr schweren Krankheit: Er ist an den Beinen gelähmt.

Wenn nun ein Berg wie der Quilish oder der Carachugo in Cajamarca durch den Abbau von Gold einfach verschwindet, ausgelöscht wird, kann man sich vorstellen, was dies für die Menschen bedeutet, die unter seinem Schutz stehen.

Margit Gutmann

Anmerkungen

¹ Diese Erzählung analysiere ich ausführlich in meiner Dissertation, die demnächst unter dem Titel "Der Qanchi Machu lebt noch. Ethnolinguistische Untersuchung in einem Dorf in den peruanischen Anden" im Horlemann Verlag (Bad Honnef) erscheint und in der das breite Spektrum mündlicher Quechua-Erzähltradition eingehend untersucht wird. Das Kapitel über Don Bernardinos Erzählung ("Wie ein Berggott einen Kranken heilt. Gesundheit - Krankheit und Naturraum der Anden") ist zudem erschienen in: "Gottheiten, Geister und Schamanen" (Herausgegeben von Irina Buche im 2a-Verlag, 2001)



Der Quilish im Jahr 2001
mit Spuren der
Bearbeitung.
Foto: Marco Arana/
GRUFIDES

Peru: Land & Menschen, Wirtschaft und Armut

Land & Menschen

Peru liegt an der Westküste Südamerikas am Pazifischen Ozean. Eine vereinfachte naturräumliche Gliederung ‚trennt‘ das Land von West nach Ost in drei Zonen: die trockene Küstenzone, das gemäßigte bis kühle Andenhochland sowie das (sub-)tropische Amazonastiefland. Peru ist umgeben von Ecuador und Kolumbien im Norden, Brasilien und Bolivien im Osten sowie Chile im Süden.

Peru ist eine demokratische Republik mit einem Präsidialsystem. Präsident Perus ist seit 2001 Alejandro Toledo Manrique. Der Kongress ist als Einkammersystem die repräsentative Volksvertretung. Das Land beginnt sich dezentral zu organisieren und ist in 25 Regionen unterteilt. Jede Region hat einen Präsidenten und ein eigenes Parlament. Auf der Ebene unterhalb der Regionen sind die Lokalregierungen in den Provinzen und Distrikten Perus angesiedelt.

Mit seiner Fläche von rund 1,28 Mio. km² ist Peru ungefähr viermal so groß wie Deutschland. Den größten Anteil mit 60% hat das Amazonastiefland, das andine Hochland nimmt 28% der Fläche ein.

Peru hat eine Gesamtbevölkerung von 27 Millionen Menschen. In der Küstenzone leben mehr als 50% der Gesamtbevölkerung. Die Hauptstadt Lima allein hat 8-10 Millionen Einwohner. 40% der Gesamtbevölkerung leben im Hochland, nur ca. 10% im Amazonastiefland¹. Die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land ist ungleich. Ungefähr 75% der Menschen leben in urbanen bzw. stadtnahen Gebieten, nur noch ein Viertel in ländlichen Gebieten. Dieses Verhältnis verschiebt sich durch Migrationsströme weiter zugunsten der städtischen Gebiete.

Offizielle Sprachen in Peru sind Spanisch und Quechua. Daneben existieren weitere Sprachen indigener Völker.

98% der peruanischen Bevölkerung sind Anhänger des christlichen Glaubens. Eine überwältigende Mehrheit folgt der katholischen Religion. Der Einfluß protestantischer Kirchen hat sich insbesondere in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt. Die katholische Religion kam mit der spanischen Eroberung nach Peru. Trotz der christlichen Glaubenspraxis leben die religiöse Tradition, Bräuche und die Götterwelt der andinen Urbevölkerung fort. Die Anbetung der Mutter Erde und vielen Naturerscheinungen sind wesentliche Elemente dieser Tradition. Berg-



Perukarte mit den Regionen des Landes

gipfel und Seen gelten als beseelt und heilig. Hinter christlichen Bezeichnungen und Zeremonien werden die religiösen Traditionen fortgeführt, und es hat sich eine Volksreligiosität herausgebildet, die katholische und indische Elemente enthält.

Perus Reichtum liegt neben seiner Naturvielfalt und den Bodenschätzen auch in seinen zahlreichen Kulturen. Besonders bekannt wurde die Inkakultur. Gegenwärtig leben insgesamt 72 *indigene Völker* im Andenhochland und im Amazonastiefland.

Charakteristisch ist das Fortbestehen alter dörflicher Gemeinwesenstrukturen (*comunidades campesinas*), deren Wurzeln in der Inkazeit liegen. Es gibt mehr als 5.000 offiziell registrierte *indigene Dorfgemeinschaften*, von denen 4.000 per Gesetz anerkannt sind und über gültige Rechtstitel für ihr Land verfügen.

Perus Wirtschaft

Die tragenden Säulen der peruanischen Wirtschaft sind Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie sowie Tourismus und Bergbau, letzterer vor allem hinsichtlich der Exporte und Devisenerwirtschaftung.

Die Wirtschaftsleistung Perus – ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt (BIP) – stützt sich im Wesentlichen auf den Handel (14%), den Dienstleistungssektor (32%) und das verarbeitende Gewerbe (14%). Die Landwirtschaft leistet einen Beitrag von 9%, der Bergbau von 6,4%. (Daten von 2002)

In 2002 wurde ein BIP von ca. 56,9 Mrd. US\$ erwirtschaftet und das Wirtschaftswachstum betrug 5,2%. Der Blick auf die Zahlen des Wirtschaftswachstums täuscht eine noch nicht vorhandene Robustheit vor, denn es startete von einem geringen Niveau Anfang der 90er Jahre. Die Wachstumsraten sind auf diesem Niveau noch nicht stabil, wie die vergangenen Jahre zeigten. Die Wertschöpfung der Bevölkerung lag im Jahr 2002 bei 2.188 US\$ pro Kopf.

Im Außenhandel wurde 2002 ein Volumen von rund 15 Mrd. US\$ umgesetzt. Die Exporte (im

wesentlichen Nahrungsmittel, Nichteisenmetalle, Rohstoffe, Öl und Ölprodukte) überwogen die Importe leicht (Maschinen und Transportmittel, industrielle Vorprodukte, Chemikalien, Nahrungsmittel), so dass ein Handelsüberschuß resultierte. Die USA sind sowohl bei Exporten als auch bei Importen mit je ca. 30% des Handelsumsatzes wichtigster Handelspartner Perus. Wichtige Exportländer sind Großbritannien, die Schweiz und China, wichtige Länder aus denen importiert wird die USA, Japan und Kolumbien.

Die Importe aus Deutschland beliefen sich in 2002 im Vergleich lediglich auf 214,4 Mio. US\$, die Exporte nach Deutschland auf 302 Mio. US\$. Bundesdeutsche Direktinvestitionen hatten im Jahr 2001 einen Wert von 150 Mio. Euro. Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit ist die Bundesrepublik nach den USA und Japan der wichtigste Partner Perus.

Nur für die wenigsten Menschen in Peru bringen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse regelmäßige und feste Einkünfte. Offiziell waren im Jahr 2002 rund 12,8 Mio. Menschen beschäftigt. Diese Zahl berücksichtigt Arbeitende ab einem Alter von 6 (!) Jahren. Der Anteil des informellen Sektors an der Wirtschaftsleistung ist sehr hoch.

Neben fehlenden Arbeitsplätzen ist in festen Arbeitsverhältnissen eine starke Unterbeschäftigung zu beobachten. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 8% (2002). Diese Zahl ist wegen des informellen Sektors jedoch wenig aussagekräftig. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein zentrales Thema in allen Wahlkämpfen und wird von der Bevölkerung gefordert und als Aufgabe des Staates angesehen. Der Mangel an ausreichender Beschäftigung bzw. die Unterbeschäftigung sind eine Kernursache für die bestehende Armutsituation in Peru.

Armut in Peru

Peru ist zwar reich an Bodenschätzen und die Bekämpfung der Armut ist das Ziel der Regierungsarbeit, dennoch lebt eine Bevölkerungsmehrheit unverändert in armen Verhältnissen. Daten von 2001 belegen, dass

54,8% der Gesamtbevölkerung in Armut leben und 24,4% in extremer Armut.

Extreme Armut heißt, dass nicht genügend finanzielle Mittel verfügbar sind, um über den Kauf von Lebensmitteln die täglich notwendige Grundernährung sicher zu stellen bzw. den Energiebedarf zu decken. Je nach Region liegt diese Armutsgrenze im Bereich zwischen 95 Soles (= 24 Euro) und 138 Soles monatlich pro Kopf.

Von *Armut* wird gesprochen, wenn sich ein Mensch zwar die täglich notwendige Grundernährung leisten kann, nicht jedoch die Güter und Dienstleistungen eines repräsentativen Basiswarenkorb. Von nicht extremer Armut sind ca. 30% der peruanischen Bevölkerung betroffen.

Insgesamt lebten damit im Jahr 2001 in Peru 14 Millionen Menschen in Armutsverhältnissen.

Der Anteil der Armen ist auf dem Land wesentlich höher als in städtischen Gebieten (78,4% gegenüber 42%). Diese Situation bietet eine wesentliche Triebkraft, in Städte und stadtnahe Gebiete auszuwandern. Die absolute Anzahl der Armen ist jedoch in städtischen Gebieten aufgrund des dortigen Bevölkerungsschwerpunktes größer als auf dem Land.

Kennzeichnend ist zudem, dass sich in den ländlichen Gebieten vor allem die extreme Armut konzentriert. 75% der extrem Armen Perus leben im ländlichen Raum (4,5 Millionen Menschen). Das Risiko in Armut hineingeboren zu werden ist in ländlichen Gebieten des andinen Hochlandes 28 Mal höher als in der Hauptstadt Lima.

Ein Blick in die geographischen Großräume Perus verrät, dass sich die extreme Armut insbesondere im andinen Hochland (45% der dortigen Bevölkerung) und im Amazonastief-

land (39%) finden läßt, während sie in der Küstenzone mit knapp 6% deutlich geringer



Goldbergbau in verarmter Region (Cajamarca) Foto: ECOVIDA

ausfällt.

Betroffen von Armutsverhältnissen sind überdurchschnittlich Kinder und Jugendliche, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen für die Möglichkeiten ihrer Entwicklung. Auch hier verstärkt der ländliche Raum wiederum die Armutssituation.

Zusammenfassend lässt sich für Peru sagen, dass Armut in erster Linie jung, weiblich, ländlich und schwerpunktmäßig im andinen Hochland und im Amazonastiefland angesiedelt ist.

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zu "Menschlicher Entwicklung in Peru" von 2002 führt aus, dass sich die niedrigen Lebensbedingungen und die sozio-ökonomischen Ungleichheiten im Land unverändert fortsetzen. Ein Ausdruck dieser Ungleichheit ist die Verteilung des nationalen Einkommens. Im Jahr 2000 verfügten die ärmsten 20% der Bevölkerung über 6% des nationalen Einkommens, während die reichsten 20% einen Anteil von 48% hielten. Peru ist somit vor allem durch eine deutliche Verteilungsungerechtigkeit gekennzeichnet.

An dieser Situation hat auch der seit mehr als 10 Jahren intensiviertere und erfolgreich betriebene exportorientierte Bergbau nichts ändern können. Vielmehr ist in Regionen mit starker Bergbautätigkeit und damit hohen Beiträgen zum nationalen Einkommen Perus

eine Verstärkung der Armutssituation der Bevölkerung zu beobachten.

Mathias Hohmann

Anmerkung: Daten entstammen den sozialen und ökonomischen Indikatoren des Nationalen Statistikinstituts Perus (INEI, www.inei.gob.pe) und des Wirtschaftsministeriums (www.mef.gob.pe)

Perus Bergbau und seine Bedeutung für die Wirtschaft

Traditionelle Aktivität mit neuer Dimension in den 90er Jahren

Die Gewinnung von Bodenschätzen war und ist in Peru eine wichtige wirtschaftliche Aktivität. Gern wird von einer nationalen Bergbaukultur gesprochen, oftmals in einer Weise, die das Land mit dem Bergbau in gleicher Weise verbindet wie mit der Inkakultur.

In der Kolonialzeit wurden umfangreiche Vorkommen an Gold, Silber und Quecksilber erschlossen. Es entstanden Zentren des Bergbaus in Potosí (heutiges Bolivien) und in Huancavelica (Zentralperu). Die Vorräte der dominanten Silberminen gingen Anfang des 17. Jahrhunderts zur Neige. Von einer Erschöpfung der Ressourcen kann aktuell nicht die Rede sein, da es neuartige und billigere Technologien möglich machen, Vorkommen zu erschließen, die Rohstoffe nur noch in geringen Konzentrationen enthalten.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land Ende der 80er Jahre befand, wurde der Bergbau als Bereich angesehen, über den sich die nationale Wirtschaft anschieben und insbesondere die Deviseneinnahmen vermehren lassen. Es wurden Gesetze verabschiedet, die ausländische Investitionen vereinfachten und den Investoren entsprechende Sicherheiten und Vergünstigungen garantierten.

Neben die massive Förderung von Investitionen tritt ein weiterer Faktor, der den Wandel im Bergbausektor und seine Konsequenzen kennzeichnet. Wenn heutzutage von Bergbau die Rede ist, ist das Bild von der Erzgewinnung im Stollen fehl am Platz. Der sogenannte *moderne* Bergbau beansprucht als offener Tagebau riesige Flächen. Der enorme Investi-

tionsaufschwung in Verbindung mit dem erhöhten Flächenanspruch führt in der Konsequenz zu zahlreichen Konflikten um Land und Ressourcen zwischen den lokalen Gemeinschaften und Unternehmen.

Von den Bodenschätzen Perus sind vor allem die Metallerze für den Weltmarkt und somit für Investoren von Bedeutung. Erdöl und Erdgas finden sich im Amazonastiefland, allerdings ist dieser Bereich eher schwach entwickelt. Peru rangiert in einer weltweiten Liste der Ölförderländer lediglich zwischen Rang 40 und 50. Zahlreiche Minen fördern zudem nicht metallische Vorkommen (Kalkstein, Stein, Sand und Kies). Diese sind mehr für den peruanischen Binnenmarkt bestimmt.

Dominierende Goldgewinnung

In Peru befinden sich gegenwärtig 239 Minen in der Produktionsphase (Stand Juni 2003). In 122 Projekten wird Gold anteilig, in 92 Projekten alleinig (40%) gefördert. Die Regionen mit der höchsten Anzahl von Projekten sind Cajamarca und Arequipa (jeweils 41 Projekte).

Der Flächenbedarf des Bergbaus hat in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts eine enorme Entwicklung genommen. Von 1991 bis 1999 vervielfachte er sich von 4 Millionen Hektar auf 23 Millionen Hektar. Von den 128 Mio. Hektar Landesfläche sind damit für mehr als ein Sechstel der Landesfläche Perus Bergbaurechte (Konzessionen) vergeben. Weitere mehr als 250 Projekte sind in den nächsten 10 Jahren potenziell zu vergeben. Der Flächenanspruch durch Konzessionen kann auf bis zu 60 Millionen Hektar anwachsen. In der Region Cajamarca befinden sich beispielsweise

schon jetzt auf 50% der Fläche Bergbaurechte.

Bergbaurechte und Landkonflikte

Der peruanische Staat verfügt über die Bodenschätze des Landes. Ein Unternehmen, das Bodenschätze erschließen möchte, muß entsprechende Konzessionen (Minenrechte) erwerben. Die Übereignung dieser Rechte erfolgt gegen Entgelt, ist zeitlich befristet und an bestimmte Auflagen und Aktivitäten gebunden.

Mit dem Erwerb der Konzession verfügt das Unternehmen jedoch noch nicht über das Land, unter dem sich die Rohstoffe befinden. Hier muß mit dem Eigentümer verhandelt werden. Problematisch ist, dass sich nach bestehenden Gesetzen der Landeigentümer dem Verkauf nicht widersetzen kann, da durch das Interesse des Staates am Rohstoffabbau als letzte Maßnahme Enteignung und Zwangsumsiedlung drohen. Die Androhung der Enteignung wird oftmals eingesetzt, um niedrige Preise für das Land zu erzielen. Mit dem Erlös können die Bauern dann andernorts keine gleichwertigen Flächen erwerben.

Perus Ressourcen für den Weltmarkt

Die wichtigsten metallischen Rohstoffe sind Eisen, Zink, Kupfer, Blei, Zinn. Hinzu kommen die höher wertigen Edelmetalle Gold und Silber, die in weitaus geringeren Mengen gefördert werden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Abbauraten zwischen 1989 und 2003.

Die Werte zeigen den enormen Aufschwung den die Förderung von Bodenschätzen in Peru in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts genommen hat. Die Kapazitäten der Goldförderung sind förmlich "explodiert" und reflektieren damit den hohen Anteil der Projekte der Goldgewinnung. Allerdings entstammen allein 50% der Goldförderung den Lagerstätten eines Unternehmens in der Region Cajamarca.

Peru ist mit diesen Förderzahlen zusammen mit Chile führender Rohstoffexporteur in

Rohstoff	1989	2003	Steigerung
Eisen	2.954.000t	3.484.900t	+18%
Zink	620.956t	1.386.606t	+123%
Kupfer	368.168t	839.233t	+128%
Blei	203.034t	307.755t	+52%
Zinn	5.082t	40.202t	+691%
Silber	1.932t	2.774t	+44%
Gold	9,9t	172t	+1.637%

Lateinamerika. Weltweit ist Peru bei Silber der zweitgrößte Förderer, bei Gold steht es an sechster Stelle.

Auf den Spuren des Goldes: Produktion – Verwendung – Reserven

Weltweit werden jährlich ca. 2.500t Gold gefördert. Gold geht zu 85% in die Schmuckherstellung. Elektronik, Zahnmedizin und industrielle Anwendungen decken weitere 10% ab. Gold wird nach wie vor auch als eine sichere Wertanlage gegen Währungsschwankungen und für Krisenzeiten genutzt.

26% der Exporte Perus gehen für die weitere Verarbeitung bzw. Verwendung nach Indien, 17% in die USA, 16% in den Mittleren Osten, 9% nach China und 8% nach Europa. Viel Gold lagert noch in den Beständen der National- bzw. staatlichen Zentralbanken. Ursprünglich dienten diese Reserven zur Wertabsicherung des US-amerikanischen Dollars, die in den 70er Jahren aufgehoben wurde.

Um die Marktpreise nicht entscheidend zu beeinflussen, bestehen Abkommen darüber, wieviel Gold die Banken innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (i.d.R. 5 Jahre) aus ihren Beständen veräußern dürfen.

Der industrielle Abbau von Gold beraubt Menschen ihrer Lebensgrundlage, verletzt damit elementare Rechte und hinterläßt enorme Umweltschäden. Angesichts der

weltweiten Goldbestände und der Möglichkeiten des Recyclings ist der Goldbergbau nicht notwendig (FIAN Deutschland - www.fian.de - führt eine Kampagne gegen den industriellen Großbergbau durch.)

Viele Ressourcen in wenigen Händen

Interessant ist ein Blick auf die Schwerpunkte der Ressourcengewinnung in Peru. Der Abbau von Bodenschätzen konzentriert sich stark in einzelnen Regionen und Unternehmen. Das Bergbauministerium spricht in diesem Zusammenhang auch gern von einer erfolgreichen Dezentralisierung der Aktivitäten.

70% des **Goldes** werden in Peru von lediglich zwei Unternehmen gefördert. Allein 50% der peruanischen Jahresproduktion werden in der Region Cajamarca von dem Unternehmen Minera Yanacocha geleistet. Ebenfalls 70% der gesamten geförderten **Kupfermenge** Perus entfallen auf zwei Unternehmen. 40% der Jahresproduktion gewinnt *Southern Peru Copper* in Südperu, 30% BHP in der Region Ancash mit dem Großinvestitionsprojekt Antamina (2,2 Mrd. US\$). Bei **Zink** teilen sich zwei Unternehmen knapp 50% der Jahresfördermenge, während in der **Zinn-** (Minsur) und **Eisengewinnung** (Shougang) nur je ein Unternehmen tätig ist. Die **Blei-** und **Silber-**gewinnung verteilen sich auf zahlreiche Unternehmen mittlerer Größe.

Wirtschaft und Bergbau in Peru

Wirtschaftsleistung Perus

Wie die Landwirtschaft und der Fischfang ist der Bergbausektor Teil des primären Wirtschaftsbereiches. Im Jahr 2003 erbrachte Peru eine als Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessene Wirtschaftsleistung von ca. 56 Mrd. US\$. Zwar lag das Wachstum des Bergbausektors mit 11% über dem BIP-Wachstum von nur 5,2%. Der Anteil am BIP betrug jedoch nur 6,7% und ist damit sogar geringer als der Anteil der Landwirtschaft (9%). Die Wirtschaftsleistung Perus wird dominiert von den Bereichen Dienstleistungen, Handel und verarbeitendes Gewerbe.

Der Beitrag des Bergbausektors zum Gesamtsteueraufkommen Perus liegt bei geringen 2%.

Die 70.000 direkt (fest und temporär) im Bergbausektor Beschäftigten machen etwa nur 0,5% der ökonomisch aktiven Bevölkerung Perus aus. Hinzu kommen geschätzte 350.000 indirekte Arbeitsplätze. Allerdings zeigt sich am Verhältnis von direkten zu indirekten Arbeitsplätzen die Schwäche des Standortes. Während das Verhältnis in Peru bei nur 1:5 liegt, kommen auf einen direkten Arbeitsplatz im Bergbausektor der USA 15 indirekte Arbeitsplätze. In Peru werden Bodenschätze gefördert und exportiert, aber nicht weiter verarbeitet.

Die Bedeutung des Bergbausektors liegt vor allem in seiner Funktion als Devisenbeschaffer. Vertreter zentralstaatlicher Behörden sehen es als Aufgabe ausländische Investitionen nach Peru zu bringen. Devisen fließen nach Peru als Folge privater Investitionen, in Form der Erlöse der Rohstoffexporte und als Erlöse aus zahllosen Privatisierungen im Bergbausektor. Der Bergbausektor ist zu mehr als 90% privatisiert. In der Mehrheit sind ausländische Unternehmen tätig bzw. Unternehmen mit ausländischem Anteilseigner.

Exporte und Investitionen

Über die Exporte der Bodenschätze wurden im Jahr 2003 rund 4,5 Milliarden US Dollar erwirtschaftet. Dies ist etwas weniger als die Hälfte der gesamten Exporterträge Perus. Allein rund 2 Mrd. US\$ entstammen davon dem Goldexport, gefolgt von Kupferexporten in Höhe von 1,2 Mrd. US\$. Die Exporterlöse steigen weiterhin rapide im Jahresrhythmus. In 2004 werden sie mehr als 5 Milliarden US\$ betragen.

Eine wichtige Quelle für Devisen sind Investitionen im Bergbausektor. In den Jahren von 1992 bis 2001 wurden in Peru ca. 6,1 Milliarden US\$ in Projekte investiert. Bis 2010 werden weitere 10 Milliarden US\$ erwartet. Hinzu kommen Erlöse über die Privatisierung des peruanischen Bergbausektors in den 90er Jahren.

Schwerpunkt der Investitionen waren Kupferprojekte, in denen mehr als 60% der Investitionen flossen. Im Export ertragreich, aber eher mit geringen Investitionen gesegnet waren Goldprojekte. Ein Unternehmen wie Minera Yanacocha, das in der nördlichen Provinz Cajamarca aktiv ist und für 50% der peruanischen Goldexporte verantwortlich zeichnet, investierte für die Erschließung von 4 Lagerstätten lediglich 220 Millionen US\$.

Eine – wenn auch schwierige - Aufschlüsselung der Investitionen ergibt: 90% der Investitionen zielen auf die Basisminerale Kupfer und Zink, sowie polymetallische Vorkommen. Weniger als 10% werden für den Goldsektor investiert, der dadurch sehr rentabel ist und sehr kurze Zeiten für die Kapitalrückgewinnung gestattet.

Ökonomische Auswirkungen auf die lokale Ebene

Die ökonomischen Wirkungen von Bergbauprojekten auf lokaler Ebene sind vielfältig und reichen von einer Erhöhung der Nachfrage nach lokalen Dienstleistungen und Produkten bis hin zu steigenden Lebenshaltungskosten und Marktpreisen für die Bevölkerung wegen des Zuzuges kaufkräftiger Klientel. Den größten Teil ihres Bedarfes decken die Unternehmen im nationalen oder internationalen Markt, da lokale Produkte und Dienstleistungen in Menge und Qualität meist nicht den Anforderungen entsprechen, wenn sie denn überhaupt verfügbar sind.

Das Arbeitsplatzangebot für die lokale Bevölkerung bleibt gering. Befristete Beschäftigungsmöglichkeiten bieten sich am ehesten noch während der Konstruktionsphase der Mine. Hingegen verlangt die Produktionsphase einer Mine Arbeitsplätze mit hoher Qualifikation.

Die Regionen, Provinzen und Distrikte erhalten nach einem bestimmten ‚Verteilungsschlüssel‘ Anteile an der Gewinnertragssteuer (*Canon Minero*), die die Unternehmen an den peruanischen Staat zahlen. Diese Mittel fließen seit 1996 in die Budgets der jeweiligen Verwaltungsebenen und sind für Ausgaben im Infra-

strukturbereich bestimmt. Im Jahr 2002 wurden laut Angaben des Finanzministeriums auf diese Weise ca. 29 Millionen US Dollar verteilt, in 2003 waren es demnach 100 Millionen US\$. Die Unstetigkeit im Aufkommen des *Canon Minero* und die verzögerten Zahlungen lassen den Ruf nach weiteren Mitteln laut werden. Die aktuelle Diskussion in Peru konzentriert sich angesichts der Erträge der Unternehmen wegen guter Weltmarktpreise auf die Einführung einer Lizenzgebühr (*regalía*), die für den Ressourcenabbau erhoben werden soll. Der Vorschlag des Ministeriums sieht eine Verrechnung mit der Gewinnertragssteuer vor, während andere Vorschläge aus Kreisen des peruanischen Kongresses diese Lizenzgebühr als zusätzliche Abgabe der Unternehmen sehen.

Die Zukunft bringt...neue Projekte und Investitionen

Die Zukunft für Peru heißt: noch mehr Bergbau. Die größte und wichtigste Lobbyorganisation des Sektors (Nationale Gesellschaft für Bergbau, Ölförderung und Energie) hat insgesamt 276 Projekte identifiziert, die in den nächsten Jahren privatisiert oder ausgeschrieben werden sollen. Dabei geht es um ein Investitionspotenzial in Höhe von ca. 10 Milliarden US\$. Gern wird seitens der Regierung auf darauf verwiesen, dass noch nicht einmal 10% der mineralischen Ressourcen Perus konkret erkundet sind.

Mathias Hohmann

Quellenangaben für Daten:

Nationales Statistikinstitut (INEI, www.inei.gob.pe), Ministerium für Bergbau und Energie (MINEM, www.minem.gob.pe), Proinversion (www.proinversion.gob.pe)

Weltmarkt, Schulden, Strukturanpassung **Devisenquelle Bergbau - Ausverkauf auf Druck**

Der rücksichtslose Ausbau der Minenwirtschaft durch die peruanische Regierung erscheint zunächst schwer nachvollziehbar. Ökologische Schäden, soziale Probleme, Proteste in der Bevölkerung – warum setzt sich Präsident Toledo darüber hinweg?

Rohstoffexport hat Geschichte

Der Export billiger Rohstoffe durch Peru (und andere Länder des Südens) begann in der Kolonialzeit. Er ist ein wichtiges Merkmal der Geschichte der Unterentwicklung und Symbol für die Arbeitsteilung und die Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft. Er ist einer der Gründe für die Überschuldung Perus und gleichzeitig deren Konsequenz.

Entwicklung auf Kredit

Das in den 60er und 70er Jahren in vielen Ländern des Südens praktizierte Modell der "nachholenden Entwicklung" wurde von den Entwicklungsexperten des Nordens empfohlen, es entsprach aber auch den Vorstellungen der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in diesen Ländern selbst. Nach dem Vorbild der Entwicklung in den "Industrieländern" sollten die "Entwicklungsländer" Anschluss an Lebensweise und –standard der Länder des Nordens bekommen, dies sollte durch Investitionen in Infrastruktur (Häfen, Staudämme..) und Industrieanlagen erreicht werden. Die Länder des Südens waren weder in technischer noch in finanzieller Hinsicht in der Lage, diese Entwicklung aus eigener Kraft zu bewältigen. In der Kolonialzeit hatten die "Mutterländer" ihre technisch-wissenschaftliche Entwicklung behindert, deshalb mussten Technologie und Anlagen im Ausland gekauft werden. Ein Grund für die fehlende Möglichkeit, die Investitionen mit eigenen Mitteln zu finanzieren, waren die niedrigen Weltmarktpreise für mineralische und agrarische Rohstoffe, ihre wichtigsten Exportgüter. Ergebnis war eine kreditfinanzierte "Entwicklung", diese

Kredite waren das Fundament der heutigen Überschuldung.

Schuldendienst...

Peru bekam die Entwicklungshilfe- und Bankkredite nicht in einheimischer Währung, sondern in US-Dollars und anderen "harten" Währungen. Deshalb musste es seinen Schuldendienst (Zins- und Tilgungszahlungen) ebenfalls in diesen Währungen leisten. Viele durch Kredite finanzierte Projekte erwirtschafteten keine Devisen, deshalb ist Peru zur Finanzierung seiner Importe und des Schuldendienstes nach wie vor überwiegend auf den Export von meist unverarbeiteten Rohstoffen angewiesen. So erbrachte(n) im Jahr 2002 die Minenwirtschaft 48%, Öl und Ölprodukte 6% und landwirtschaftliche Produkte 3% der Export-Einnahmen.

Der Export von Fertigprodukten war für viele Länder des Südens nicht nur wegen technologischer Probleme und mangelnder industrieller Kapazität erschwert: Die Länder des Nordens erhoben – im Widerspruch zu ihrer Verteidigung des "Freien Weltmarkts"- Zölle für diese Produkte, wenn sie in Konkurrenz zu einheimischen Produkten standen.

Die langfristig sinkenden Weltmarktpreise für Perus Rohstoffe waren ein wichtiger Grund für die zunehmenden Zahlungsprobleme des Landes, dies war auch durch verstärkte Exportbemühungen nicht auszugleichen. Die Nachfrage von Seiten der Länder des Nordens hatte durch Wirtschaftskrisen, den Ersatz von Metallen durch Kunststoffe und verbesserte Recycling-Verfahren nachgelassen. Gleichzeitig hatten auch andere überschuldete Länder des Südens versucht, durch den verstärkten Export von Rohstoffen ihre Zahlungsprobleme in den Griff zu bekommen. Das dadurch entstandene Überangebot auf dem Weltmarkt hatte die Preise weiter gedrückt. Viele Länder exportierten ihre Rohstoffe zu wirtschaftlich unsinnigen Niedrigpreisen, weil sie nur so Devisen erwirtschaften konnten. Bei mangelnder Zahlungsfähigkeit droht das Ausbleiben von Krediten, die für viele Länder nicht nur zur Bezahlung alter Schulden und notwendiger Importe, sondern auch zur Finan-

zierung ihrer Staatshaushalte unverzichtbar sind.

...und Strukturanpassungs-Programme

So musste sich Peru wegen Zahlungsunfähigkeit bereits Mitte der 70er Jahre und seither immer wieder an den Internationalen Währungs-Fonds (IWF) wenden. Im IWF, der "Feuerwehr" des Weltfinanzsystems, sind zwar die meisten Länder der Welt Mitglied, die Stimmrechte richten sich allerdings nach der Höhe der Einzahlung in den Fonds, die nach der Wirtschaftskraft des Mitglieds festgelegt werden. So haben dort die großen Gläubiger-Länder das Sagen, das drückt sich auch in der Politik des IWF aus.

Wenn sich ein Land wegen Zahlungsunfähigkeit und dadurch ausbleibenden Krediten von Banken und Regierungen an den IWF wendet, untersucht dieser die wirtschaftliche Situation des Landes und schlägt ein Strukturanpassungs-Programm vor. Ziel des IWF und deshalb auch dieser Auflagen ist die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit. Wenn sich das Land dann in einem "Letter of Intent" zur Durchführung dieses Programms verpflichtet, bekommt es einen Kredit vom IWF – und danach auch wieder Kredite von Banken und Regierungen, die die Durchführung der IWF-Programme als Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit bewerten.

Ziel: Zahlungsfähigkeit

Die Strukturanpassungs-Programme verstärken also die Wirkung des Schuldendienst-Zwangs. Das Land muss seine gesamten wirtschaftlichen Anstrengungen darauf richten, wenig Schulden zu machen und ausreichend Devisen für die Bezahlung von Zins und Tilgung zu erwirtschaften. Dazu gehören u.a. die drastische Senkung der Staatsausgaben und der Ausbau des Rohstoff-Exports.

So sind die Pläne auch früherer peruanischer Regierungen zum forcierten Ausbau der Minenwirtschaft ohne Zweifel in diesem Zusammenhang zu sehen. Nicht nur das Wachstum der Wirtschaft, sondern gerade der Export-Wirtschaft wurde im Zusammenhang mit Schulden-Verhandlungen zum Ziel erklärt.

So steht im "Letter of Intent" vom 17. März 2003 an den IWF unter Punkt 7: "Das Zahlungsbilanz-Defizit soll (2003) auf der Basis kontinuierlicher Stärkung der traditionellen und nichttraditionellen Exporte unter 2% des Brutto-Inlandsprodukts gesenkt werden." Am 31. März 2003 verkündete Präsident Toledo den "Plan Estratégico Nacional Exportador", im Rahmen dessen er bis 2006 die Exporte verdoppeln will.

Der IWF lobte in seinem Länder-Report vom November 2003, Peru habe im Jahr 2002 zum ersten Mal seit 1990 einen Überschuss in seiner Handelsbilanz. Im Zentrum dieses Prozesses stünden u.a. einige in den letzten Jahren begonnenen großen Minen-Projekte.

So muss man sagen, dass die peruanische Regierung, die selbst von ihrem Wirtschaftskurs überzeugt ist, auch unter hohem internationalem Druck von Seiten der Gläubiger und des IWF steht. Ein Abweichen von den gegenüber dem IWF eingegangenen Verpflichtungen wird rasch vermerkt und führt rasch zu Drohungen bezüglich der "Versorgung" des Landes mit Krediten.

Als die peruanische Regierung im Juni 2002 angesichts massiver Proteste der Bevölkerung in Arequipa die Privatisierung von Energie-Unternehmen (ebenfalls Bestandteil der Strukturanpassung, siehe "Letter of Intent" vom 18.01.02, Punkt 17) annullierte, hat wenige Wochen danach eine internationale Rating-Agentur die Bewertung der Kreditwürdigkeit Perus mit genau dieser Begründung negativ verändert (RPP-Noticias, 04.07.02)

Um gegen den rücksichtslosen Ausbau der Minenwirtschaft Perus etwas zu unternehmen, müssen wir also auch gegenüber der Bundesregierung eine Veränderung ihrer Schulden-Politik durchsetzen, die sie im IWF und gegenüber Peru vertritt.

Bernhard Jimi Merk/Informationsstelle Peru

Die Umweltgesetzgebung in Peru – ein Produkt des Neoliberalismus der Fujimori-Ära

Das Land Peru durchlebt gegenwärtig eine Zeit vielfältiger und sich zuspitzender sozialer Unruhen. Nach der bleiernen Ära der Fujimori-Autokratie in den Jahren 1990 – 2000 entlädt sich in einer Unzahl von Konfliktherden der aufgestaute Protest gegen die trotz gesamtwirtschaftlich guter Daten unverändert katastrophale Situation der verarmten Bevölkerungsmehrheit. Zwar ist nicht zu leugnen, dass das Land sich in einem umfassenden Demokratisierungsprozess befindet, der viele neue Spielräume für soziale Forderungen eröffnet. Vor dem Hintergrund enttäuschter Erwartungen der peruanischen Bevölkerung auf eine schnelle Verbesserung ihrer ökonomischen Situation und einen Abbau der enormen sozialen Ungleichheiten droht aber die Gefahr, dass die Demokratisierung scheitern könnte. Angesichts einer als schwach empfundenen Regierung wird erneut der Ruf nach einer "starken Hand" laut.

Zu den Konfliktherden, die Peru erschüttern, gehören in den letzten Jahren die immer heftiger ausgetragenen Auseinandersetzungen über den Bergbau im Land. Dies dürfte im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen sein. Zum einen erlebt der Bergbau angesichts gestiegener Rohstoffpreise eine erneute Blüte, aber auf der anderen Seite sind immer mehr Menschen nicht länger bereit, die enormen Umweltverwüstungen, die die Bergbaukonzerne anrichten, stillschweigend hinzunehmen.

In dieser Situation zeigt sich immer deutlicher, dass weder die Umweltgesetzgebung noch die Umweltverwaltung des Landes darauf ausgerichtet sind, eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Belange sicherzustellen und Umweltkonflikte auf demokratische Weise zu entschärfen. Dies liegt vor allem an der Art und Weise, wie in den neunziger Jahren unter dem Diktat des Neoliberalismus zahlreiche vermeintliche oder tatsächliche Investi-

tionshindernisse aus dem Weg geräumt wurden. Gestützt auf die Ideologie des freien Marktes sollte den Investoren der rote Teppich ausgerollt werden.

Gleich zu Beginn der Ära Fujimori, im Juni 1991, wurde ein erster Schritt zur Umsetzung des neoliberalen Gesellschaftsentwurfs getan. In einer Art Ermächtigungsgesetz übertrug der Kongress umfassende Befugnisse zur Gesetzgebung in Fragen der "Förderung der Beschäftigung und der privaten Investition" auf die Exekutive². Gestützt auf dieses Gesetz verabschiedete die Regierung alsbald ein so genanntes Rahmengesetz zur Stärkung der privaten Investition³. Damit war ein entscheidender Schritt zur gezielten Schwächung der Umweltpolitik getan. Das "Gesetz" verfügte als oberste Aufgabe des Staates die Förderung der privaten Investition und des Wettbewerbs, strich eine Vielzahl von Regulierungen und etablierte die alleinige, auch gesetzgeberische Zuständigkeit der Fachministerien⁴ für die Förderung der Wirtschaftstätigkeit in ihrem Bereich. Das erst im Jahr 1990 verabschiedete Umweltrahmengesetz⁵ wurde in zahlreichen Einzelvorschriften außer Kraft gesetzt. Vor allem wurde festgelegt, dass die jeweiligen Fachministerien zuständige Behörden im Sinne des Umweltrahmengesetzes seien und die Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes auf die Betriebe und Aktivitäten in ihrem Bereich in eigener Verantwortung sicherzustellen hätten.

Das oben zitierte "Rahmengesetz zur Stärkung der privaten Investition" hatte also zur Folge, dass jedes Ministerium für seinen Bereich eigene Umweltnormen erließ und zu deren Umsetzung eigene Umweltausschüsse ins Leben rief. Zwar wurde im Jahr 1994 schließlich ein sogenannter "Nationaler Umweltrat"⁶ gegründet, der für die Koordinierung der Umweltpolitik des Landes zuständig sein sollte. Dieses dem Premierminister unterstellte Organ blieb aber bislang gegenüber den mächtigen Fachministerien schwach und relativ unbedeutend.

Ihren Ausdruck findet die Zersplitterung der Zuständigkeiten für den Umweltschutz z.B.

in der Tatsache, dass jeder Bereich seine eigenen Regeln für die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung geschaffen hat, und dass auch die bislang sehr unzureichenden Bürgerbeteiligungsmechanismen sich in jedem Bereich voneinander unterscheiden. Auch die Festlegung von Emissionsgrenzwerten ist jedem Ministerium selbst überlassen, und die nationale Umweltbehörde CONAM hat nicht einmal ein Register aller einschlägigen Vorschriften.

Wie ernst die existierenden Normen genommen werden, kann man daran absehen, dass Verhüttungsbetriebe wie die Schmelzanlagen in La Oroya die bestehenden Grenzwerte um ein Vielfaches überschreiten. Ihnen ist zwar in sogenannten PAMAS⁷ auferlegt worden, sich in einer vorgegebenen Zeitspanne den verlangten Umwelthanforderungen anzupassen. Aber manchen Firmen ist schon mehrfach eine Verlängerung der ursprünglich eingeräumten Zeitspanne zugestanden worden. Und eine unabhängige Überwachung der Einhaltung dieser Anforderungen gibt es nicht.

Angesichts dieser Situation ist es offenkundig, dass die von den katastrophalen ökologischen Auswirkungen vieler Bergbaubetriebe oder der zahlreichen Fischmehlfabriken an der Küste betroffenen Menschen keinerlei Vertrauen in die Tätigkeit der mit dem Umweltschutz beauftragten staatlichen Stellen haben. Wenn das Bergbauministerium die Genehmigung einer Minentätigkeit in einem nach den selbst aufgestellten Spielregeln durchgeführten Verfahren erteilt⁸ und anschließend selbst für die Überwachung der Einhaltung von Vorschriften zuständig ist, unterstellen die in Mitleidenschaft gezogenen "Comunidades Campesinas" (Bauerngemeinden) zu Recht, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Schließlich ist die Hauptaufgabe des Bergbauministeriums nicht der Umweltschutz, sondern die Förderung des Bergbaus⁹.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der gewachsenen Protestbereitschaft der Bevölkerung wird erkennbar, dass die mit dem Ziel der Investitionsförderung vorgenommene Zersplitterung der Umweltverwaltung sich

irgendwann als Investitionsbremse entpuppen könnte. Wenn die Menschen keinerlei Vertrauen in die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit des Staatsapparates bei der Umweltüberwachung von Betrieben haben, werden sie bestimmte Investitionsvorhaben vorsorglich gleich ganz ablehnen, selbst wenn ihnen hundertmal versichert wird, dass es keine umweltschädigenden Auswirkungen geben werde. Und auf der anderen Seite dürften es sich auch zumindest die um ihren Ruf bedachten Investoren zukünftig gründlich überlegen, bevor sie sich in Peru niederlassen, wenn das Risiko besteht, dass eine Protestbewegung wie in Tambogrande ihnen einen Strich durch die Rechnung macht.

Bedauerlicherweise haben bislang weder die Regierung unter Präsident Toledo noch die wichtigsten Oppositionsparteien die Bereitschaft erkennen lassen, dem Umweltschutz künftig einen höheren Stellenwert einzuräumen und zu diesem Zweck das Fujimori-Modell der zersplitterten Zuständigkeit für den Umweltschutz bei den Fachministerien in Frage zu stellen. Der Forderung nach Bündelung der Zuständigkeiten für Umweltfragen in einem Ministerium ist bislang mit dem faden-scheinigen Hinweis begegnet worden, dies würde zu zusätzlichen Haushaltsbelastungen führen¹⁰.

Gegenwärtig arbeitet ein Unterausschuss des Kongresses an einer Änderung des Umweltrahmengesetzes. Bislang ist zu erkennen, dass die dort beteiligten Kräfte zwar eine Reihe punktueller Verbesserungen vorschlagen, den eigentlichen Schwachpunkt des Systems, nämlich die Aufsplitterung der Zuständigkeiten für den Umweltschutz, allerdings unangetastet lassen. In den nächsten Monaten wird es darauf ankommen, diesen Ansatz zu problematisieren und die Schaffung einer zentralisierten und schlagkräftigeren Umweltverwaltung zu fordern. Ein wichtiges Argument dafür könnte sein, dass nur so ein gewisses Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit staatlicher Entscheidungsträger einigermaßen wieder hergestellt werden könnte.

Eins zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre nämlich nachdrücklich: An zahlreichen gutgemeinten Umweltgesetzen besteht kein Mangel, und jede Woche kommen neue Dekrete hinzu. Woran es fehlt, ist die Bereitschaft, diese Gesetze ernst zu nehmen und mit Hilfe einer entsprechend bevollmächtigten Verwaltung auch umzusetzen. Wenn es gelänge, im Rahmen der Debatte um die Änderung des Umweltrahmengesetzes die durch den Fujimori-Liberalismus eingeführte Zerteilung der Zuständigkeit als entscheidende Ursache für die strukturelle Schwäche der peruanischen Umweltpolitik auf den Prüfstand zu heben, wäre dies jedenfalls ein wichtiger qualitativer Fortschritt.

Michael Pollmann¹

Endnoten

¹ Michael Pollmann arbeitet als Entwicklungshelfer für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) bei der Defensoria del Pueblo, um dort den Umweltbereich zu stärken. Von 1997 – 2001 war er Staatsrat an der Hamburger Umweltbehörde

² Ley No. 25327, pub. 16.06.1991

³ Decreto Legislativo No. 757, Ley Marco para el crecimiento de la Inversion Privada

⁴ z.B. Energie- und Bergbauministerium, Fischereiministerium, Industrieministerium etc.

⁵ Decreto Legislativo No. 613, Código del Medio Ambiente y los Recursos Naturales

⁶ Consejo Nacional del Ambiente (CONAM)

⁷ Programas de Adecuación y Manejo Ambiental

⁸ zu allem Überfluss gibt es in Peru bislang keine eigenständige Umweltgenehmigungspflicht. Eine

Genehmigung gilt als erteilt, wenn das zuständige Ministerium die vom Investor erarbeitete Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) formell billigt. Die UVP soll die vom Investor zu ergreifenden Maßnahmen zum Schutz der Umwelt beinhalten.

⁹ Wie sehr die Gesetzgebung den Interessen der Investoren verpflichtet ist, lässt sich an den Fristen ablesen, die im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung einzuhalten sind. Die Generaldirektion für Umweltangelegenheiten des Ministeriums für Energie und Bergbau hat nach Einreichung der UVP durch einen Investor 120 Tage Zeit, die UVP zu prüfen und ihre verbindliche Stellungnahme abzugeben. Wenn das Ministerium nach Ablauf dieser Frist Einwände gegen die UVP erhebt oder Nachforderungen geltend macht, hat der Investor wiederum eine Frist von 90 Tagen zur Behebung der Einwände einzuhalten. Dem Ministerium bleiben dann noch 30 Tage zur endgültigen Stellungnahme. Öffentliche Anhörungen vor Einreichung der UVP sind möglich, aber nicht vorgeschrieben. Die öffentliche Erörterung der UVP ist mit einer Frist von 40 Tagen anzukündigen. Wie bei diesen Fristen die Beteiligung anderer Dienststellen und die Einarbeitung der Einwände aus der öffentlichen Anhörung geleistet werden sollen, bleibt schleierhaft. Und bei anderen Sektoren wie dem Vizeministerium für Fischerei, welches u.a. für die Zulassung der berüchtigten Fischmehlfabriken zuständig ist, wird sogar nur eine Frist von 30 Tagen zur Prüfung der UVP gewährt.

¹⁰ Das wäre allenfalls zutreffend, wenn man darauf verzichten würde, im Zuge der Bündelung der Zuständigkeiten auch Personal und Ressourcen zu bündeln, d.h. von ihren bisherigen Dienststellen abzuziehen.

Unterschiedliche Akteure, verschiedene Interessen

Zentralstaatliche Organisationen

Perus Wirtschaft hängt am Tropf der Exportgewinne. Die Rohstoffvorkommen werden von ausländischen Investoren und Unternehmen ausgebeutet, die ihrem privatwirtschaftlichen Gewinninteresse folgen und daher Kosten minimieren und ihre Einnahmen maximieren wollen. Ihnen wird der Boden bereitet durch juristische und steuerliche Stabilitätsverträge mit dem peruanischen Staat, die den Schutz der Investitionen und reduzierte Steuersätze garantieren.

„Soziale Konflikte in Bergbauregionen blockieren Investitionen in Höhe von 1,4 Mrd. US\$. (...)“, Hans Flury, (damaliger) Bergbauminister, September 2003, auf einer Konferenz in Arequipa

Soziale Konflikte und die Einforderung demokratischer Grundrechte werden als Investitionsbremsen wahrgenommen, an Lösungen ist der Staat nur wenig interessiert. Jüngste Äußerungen des peruanischen Agrarministers zeichnen eine Konfliktlinie zwischen demokratischen Grundrechten und Investitionsprojekten.

Wichtigste staatliche Institution im Bergbau-sektor ist das **Ministerium für Bergbau und Energie**. Es ist zuständig für die Vergabe von Konzessionen und regelt, erstellt und überwacht durch seine Umweltschutzabteilung auch alle Umweltaspekte des Bergbaus wie Umweltauswirkungsstudien und die Unternehmen zu Investitionen im Produktionsprozess verpflichtenden Umweltschutzprogramme (PAMA). Investitionsförderung und Überwachung der Aktivitäten liegen damit in den gleichen Händen. Die Nähe des Ministeriums zur Industrie dokumentiert die Tatsache, dass z.B. Hans Flury aus den Reihen von *Southern Peru Copper*, des größten Kupferproduzenten in Peru kam. (*Southern Peru Copper* ist ‚bekannt‘ für seine negative Umweltbilanz in Peru, u.a. mit der Produktionsanlage in Ilo (Südperu), die für Luftverschmutzung und

Umweltbelastung sorgt, die internationale Standards weit überschreitet. Dem Dialog mit der Zivilgesellschaft verweigert sich das Unternehmen.)

Eine weitere wichtige, wenn auch im Bergbaubereich keine entscheidungstragende Rolle haben das peruanische **Agrarministerium** und das ihm als Fachbehörde nachgeordnete **Nationale Institut für Natürliche Ressourcen** (INRENA). Das INRENA wird einbezogen bei der Beurteilung von Umweltauswirkungsstudien, d.h. es darf die Inhalte kommentieren und Einwendungen einreichen. Allerdings obliegt dem Institut keine endgültige Entscheidungsbefugnis. Das INRENA verwaltet zudem das System der Naturschutzgebiete Perus und ist im Verbund mit anderen Organisationen (u.a. dem Nationalen Umweltrat – CONAM) für deren Ausweisung zuständig. Beim Agrarministerium angesiedelt ist ebenfalls das Spezialprogramm zur Vergabe von Landtiteln an indigene Bauerngemeinschaften.

Für den Bereich Umwelt- und Gesundheitsüberwachung ist zudem das peruanische Gesundheitsministerium zuständig. Das Finanzministerium ist involviert, wenn es um Fragen der Besteuerung, des *Canon Minero*¹ und der Lizenzgebühren (*regalías*) geht.

Unternehmen

In Peru agieren 11 der weltweit 20 größten Bergbauunternehmen. Dazu gehören auch fünf Unternehmen, die in der *Financial Times Liste* der weltweit 500 kapitalstärksten Unternehmen stehen – BHP Billiton, Anglo American, Rio Tinto, Newmont und Barrick Gold. BHP Billiton (als bestes Unternehmen auf Rang 71 in der Liste der 500) verfügt beispielsweise über eine Marktkapitalisierung in der Größenordnung des peruanischen Bruttoinlandsproduktes (54 Mrd. US\$). Die Konzerne agieren nicht direkt in Peru, sondern es werden *joint-ventures* oder Beteiligungen nach peruanischem Recht gegründet.

Auf nationaler Ebene arbeitet die Gesellschaft für Bergbau, Petroleum und Energie (SNMPE) als dominierende Lobbygruppe für den

Bergbau. Sie treibt Privatisierungen voran, nimmt starken Einfluß auf die Politik und ist durch eine überragende Präsenz in den Medien gekennzeichnet. Zu beobachten ist dies gegenwärtig (Juni 2004) anhand der Diskussion um die Einführung von Lizenzgebühren (*regalías*) für die Rohstoffförderung.

Die lokale Ebene wird beherrscht vom Ungleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen Potenzial des Unternehmens und der fortdauernden Armut der Region. Einfluss vollzieht sich auch hier über Gremien (z.B. Handelskammer), mehr jedoch noch über das Unternehmen selbst, über direkte Beziehungen zu Entscheidungsträgern, soziale Begleitprogramme der Unternehmen (wenn vorhanden), die Finanzierung kommunaler Projekte und öffentlicher Veranstaltungen sowie die Unterstützung im Bildungssektor. Viele lokale Medien werden von den Minengesellschaften bezahlt, damit diese Gesellschaften ihr Erscheinungsbild schönen und Informationen kontrolliert werden können.

Auf internationaler Ebene wird am Image des Bergbaus gebastelt, das sich wie folgt übersetzen läßt: Bergbau = nachhaltige Entwicklung. Die Studie "*Mining, Minerals and Sustainable Development*" wurde 2002 im Vorfeld der Folgekonferenz von Rio de Janeiro in Johannesburg erstellt. Finanziert wurde sie von der *Global Mining Initiative*, hinter der sich neun große Bergbaukonzerne verbergen. Von internationalen Umweltorganisationen wurde die Studie als der Versuch des "*Reinwaschens*" einer energie- und abfallintensiven Industrie abgelehnt.

Regional- und Lokalregierungen

In 20 der 25 Regionen Perus gibt es Bergbauprojekte. Die Interessen sind sicher in jedem Einzelfall etwas anders gelagert, so dass sich keine generelle Interessenausrichtung beschreiben läßt.

Die Regionen, Provinzen und Distrikte erhalten einen Anteil aus dem *Canon Minero* und den Konzessionsrechten. Die Zahlungen sind allerdings gering und für Investitionen im Infrastrukturbereich wie z.B. Straßenbau vorgesehen. Die jeweiligen Verwaltungsein-

heiten profitieren in der Regel von spezifischen finanziellen Beiträgen des Unternehmens im Rahmen der aufgelegten Sozialprogramme. Wie bedeutsam dies sein kann, zeigt das Beispiel Cajamarca. Während die Provinzregierung Cajamarcas ein Budget von ca. 7 Mio. US\$ jährlich verwaltet, belaufen sich allein die Sozialprogramme von *Minera Yanacocha* im städtischen und ländlichen Einflußbereich der Mine auf rund 6 Mio. US\$ jährlich. Interessenpolitik kann von Seiten der lokalen Regierung auch aussehen wie in Cajamarca: die im Rahmen eines *Runden Tisches* mit der Zivilgesellschaft vereinbarten Investitionen durch das Unternehmen für die Errichtung eines Umweltanalytiklabors wurden in Mittel für die - fraglos notwendige - Erweiterung der Infrastruktur des örtlichen Krankenhauses umgewidmet.

Lokale Bevölkerung und Zivilgesellschaft

Die Interessen der Zivilbevölkerung sind vielschichtig. Hohe Erwartungen an lokales Wirtschaftswachstum und bessere Lebensbedingungen bestanden zu Beginn des Bergbaubooms, wurden jedoch enttäuscht. Ein kleiner Teil der lokalen Bevölkerung kann vom Bergbau sicherlich profitieren, die überwiegende Mehrheit wird weiterhin in Armut leben.

Als Konsequenz der zahlreichen durch den Bergbau verursachten Umweltschäden entstanden in vielen Orten Organisationen, um die Proteste zu bündeln und ihnen eine organisierte Form zu geben. Im ländlichen Raum sind die *rondas campesinas* wichtige Organisationen für die Verteidigung der Interessen der Bevölkerung.

Gegenstrategien der Unternehmen zielen oftmals darauf ab durch finanzielle Begünstigungen eigene Organisationen zu schaffen, die dann als repräsentative Stimme der Bevölkerung auftreten. Diese Spaltung der lokalen Gesellschaften ist charakteristisch für Bergbauregionen in Peru. Wer Widerstand leistet und demokratische Grundrechte einfordert, wird Verleumdungen bis unter die Gürtellinie und Drohungen ausgesetzt.

Auf nationaler Ebene entwickelten angesichts der wachsenden Konflikte zwischen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften in den 90er Jahren zahlreiche Umweltorganisationen den Bergbau als Arbeitsfeld oder wurden in dieser Zeit gegründet. Unterstützung haben sie dabei in vielen Fällen von nordamerikanischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen erhalten, die die Aktivitäten "ihrer" Unternehmen im Ausland kritisch verfolgen.

Internationale Organisationen

Die Weltbank ist an Bergbauprojekten in Peru über die International Finance Corporation (IFC), ihren privatwirtschaftlichen Arm beteiligt. Es bestehen Beteiligungen an den Projekten in Cajamarca (5% Anteil) und in Quellaveco in Südperu (20% Anteil). Das

Engagement der Weltbank an Projekten im Öl-, Gas- und Gesteinssektor wird im "*Extractive Industries Review*" der Weltbank untersucht. Seitens internationaler Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen gibt es die Forderung an die Weltbank sich aus derartigen Projekten zurückzuziehen bzw. weitergehende Anforderungen an die Durchführung derartiger Projekte zu stellen.

Mathias Hohmann

Endnote

¹ 50%-Anteil der staatlichen Minensteuer die Unternehmen auf ihre Gewinne zahlen, der in die Verwaltungseinheiten des Bergbaus (Regionen, Provinzen, Distrikte) gemäß einem definierten Verteilungsschlüssel zurückfließt. Diese Mittel sind für Infrastrukturprojekte (z.B. Bewässerungskanäle, Straßenbau) zu verwenden.

Lokale Auswirkungen des Bergbaus in Peru

"So wie der Bergbau in Peru gegenwärtig entwickelt wird, bewirkt er eine Erhöhung von Anzahl und Intensität von Konflikten. Zurückzuführen ist dies auf die Zielsetzung der Bergbauunternehmen in landwirtschaftlich und weidewirtschaftlich genutzte Flächen vorzudringen ebenso wie in Naturschutzgebiete und Quellgebiete von Wassereinzugsgebieten(...)"
NETZWERK MUQUI, Erklärung vom 3. Mai 2004

Wachstum des Bergbausektors stimuliert noch keine lokale Entwicklung

Wachstum, Fortschritt und Entwicklung werden von Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Peru gern mit dem Bergbau in Verbindung gebracht. Die Bevölkerung in den betroffenen Regionen verbindet mit dem Bergbau in erster Linie überwiegend negative Erfahrungen. Die Geschichte des Erfolges auf nationaler Ebene durch die Einnahmen von Devisen und als Stütze der nationalen Handelsbilanz ist auf lokaler Ebene nicht nur keine ökonomische Erfolgsgeschichte sondern erzeugt das Gegenteil: ökonomische Grundlagen werden geraubt und soziale Probleme und Umweltprobleme erzeugt. Der Bergbau wird als eine zentralstaatlich verordnete Entwicklung wahrgenommen, die der lokalen Bevölkerung

wesentliche Rechte vorenthält, u.a. das Recht über die eigene und lokale Entwicklung frei zu entscheiden. Weder der Staat noch die Unternehmen suchen die Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung im Vorfeld eines Bergbauprojektes.

Bergbau und Bevölkerung – Konfliktherde in Peru

Unterstützung erfahren die betroffenen Gemeinden von verschiedenen in Peru tätigen Organisationen. Red Muqui, ein Netzwerk verschiedener Organisationen, erwähnt sieben zentrale von Konflikten betroffene Projekte, allein fünf davon sind Projekte in denen Gold gefördert wird. CONACAMI, die Interessenvertretung der indigenen Gemeinschaften, die vom Bergbau betroffen sind, nennt 15 kritische Projekte.

Die Problemlagen wiederholen sich jeweils: es geht um die Bedrohung funktionierender landwirtschaftlicher Strukturen, die Verschmutzung von Trinkwasserquellen und Böden, die Gefährdung von Wasserquellen für die landwirtschaftliche Produktion und von Naturschutzgebieten, den Eintrag von Prozessabwässern aus dem Bergbau in Flüsse.

Es geht um Landkonflikte und Vertreibung sowie Luftverschmutzung in der Nähe von Raffinerien und Schmelzhütten. Die jeweiligen Bergbauunternehmen gehören oftmals nicht nur zu den kapitalkräftigsten ihrer Zunft, sondern sie arbeiten auch mit den geringsten Produktionskosten.

Der peruanische Staat ist sich der Probleme sehr wohl bewußt, geht sie jedoch nur unwillig und inkonsequent an, denn Denken und Handeln sind allein auf das Wohlergehen der Investoren ausgerichtet, denen sich grundlegende demokratische Rechte der Bevölkerung unterzuordnen haben. Der Staat macht sich eher Sorgen um das Image gegenüber potenziellen Investoren. Bestehende Konflikte werden quasi monetär bewertet, indem kalkuliert wird, welche Investitionssummen durch die Konflikte blockiert werden.

Soziale und ökonomische Konflikte und Wirkungen

Konflikte um Landeigentum und –erwerb stehen oftmals am Anfang einer langen Konfliktkette. Ausgerüstet vom peruanischen Staat mit den Bergbaurechten, muß das Unternehmen das Land erst noch erwerben. Die Machtpositionen in den Verhandlungen sind eindeutig, denn wer nicht verkaufen will, dem droht letztlich die Enteignung. Viele Landeigentümer verfügen noch nicht einmal über einen Rechtstitel für ihr Land. Diese Situation schafft ein Druckmittel und ermöglicht es dem Unternehmen geringe Preise auszuhandeln. Der finanzielle Erlös reicht dann in der Regel nicht, um an anderer Stelle äquivalente Flächen zu erwerben und zu bewirtschaften. Hat der geschädigte Bauer keine weiteren Flächen bleibt meist nur die Migration in die Stadt und in die Armut. Auf diese Weise werden Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen nachhaltig zerstört ohne den Betroffenen einen äquivalenten Ersatz zu bieten.

Auch die indigenen Gemeinschaften, die über die peruanische Verfassung spezielle Anerkennung und Rechte genießen, sind vor drohenden Enteignungen und Landverlusten und damit der Zerstörung ihrer Sozialstruktur nicht gefeit. Ihre Rechte nützen ihnen nichts,

wenn ein mineralisches Vorkommen zum öffentlichen bzw. nationalen Interesse erklärt wird. Von den 5.680 Bauerngemeinden (*comunidades campesinas*), die durch das Programm zur Bodenbetitelung des Agrarministeriums anerkannt sind, sind 3.300 von Bergbauaktivitäten betroffen, davon 2.978 durch Erkundungsarbeiten und mehr als 300 durch den Abbau der Rohstoffe.

Die soziale Frage betrifft auch die aggressiven Strategien der Unternehmen zur Durchsetzung ihrer Interessen. Lokale Gemeinschaften werden in ihren Interessen gespalten, durch finanzielle Anreize an Einzelne oder durch den Eingriff in bestehende traditionelle Entscheidungsstrukturen. Wer sich wehrt und seine Rechte einfordert wird bedroht, mit gerichtlichen Klagen überzogen. Während in der einen Kommune ein Kanal gebaut wird, wird der anderen das Bewässerungswasser "abgedreht". In städtischen Bereichen spielen vermehrt die Medien eine große Rolle, die mittels der ökonomischen Kraft des Unternehmens dominiert und manipuliert werden.

Zu den wesentlichen ökonomischen Wirkungen gehört, dass ertragreiche funktionierende landwirtschaftliche Strukturen direkt oder indirekt vom Bergbau bedroht sind. Peru verfügt insgesamt nur über 35 Millionen Hektar agrarwirtschaftlich nutzbare Fläche, von denen aufgrund der naturräumlichen und klimatischen Gegebenheiten des Landes nur 6 Mio. Hektar ackerbaulich nutzbar sind. Selbst diese Flächen sind in Gefahr. Zum einen über den direkten Flächenanspruch des Bergbaus, zum anderen über die Wirkungen, die der Bergbau auf Verfügbarkeit und Qualität wichtiger Wasserressourcen hat. Wirtschaftlich und ressourcenökonomisch abhängige Unterlieger in Flußeinzugsgebieten, in deren Quellgebieten Bergbau betrieben wird, sind stark gefährdet. In einem Projekt in Quellaveco (Südperu) in der Region Moquegua wird dies beispielhaft deutlich. Hier wird ein staatliches landwirtschaftliches Bewässerungsprojekt, das in der Region mehr Nutzfläche schaffen soll, durch den Wasseranspruch einer geplanten Kupfermine (an der die Weltbank Anteile hält) gefährdet.

Positive ökonomische Effekte halten sich in Grenzen. Arbeitsplätze stehen nur in geringem Umfang zur Verfügung, in der Regel wird hoch qualifiziertes Personal benötigt. Die wenigen Mittel, die aus den Steuererträgen der Unternehmen an die Regionen, Provinzen und Distrikte zurückfließen, wandern in Infrastrukturprojekte. Die Sozialprogramme, die die Unternehmen im Einzugsbereich ihrer Mine durchführen, vermitteln auf den ersten Blick den Einsatz hoher Summen. Die pro-Kopf-Werte (in Cajamarca wurden pro Jahr und Kopf ca. 20 US\$ über Sozialprogramme investiert) und die nachhaltige Wirksamkeit dieser Projekte sind jedoch gering.

Die **Umweltauswirkungen** des Bergbaus sind am besten beobachtbar und rufen in der betroffenen Bevölkerung den meisten Widerstand hervor. Das bestehende Regelwerk an Umweltgesetzen in Peru verhindert nicht, dass Bäche, Flüsse und auch Meeresküsten z.B. mit Schwermetallhaltigen Abwässern und Sedimenten verschmutzt werden. Gleiches gilt für die Belastung der Luft mit Emissionen an Schwefeldioxid, Schwermetallen und Staub aus Raffinerien und Schmelzanlagen und dies

trotz gesetzlich festgelegter Grenzwerte. Landwirtschaftliche Erträge gehen zurück, Menschen und Tiere erkranken, Flora und Fauna in Flüssen verschwinden. Die Auswirkungen pflanzen sich entlang eines Wassereinzugsgebietes fort und bedrohen insbesondere die Unterlieger. Der Bergbau verschmutzt nach wie vor die Umwelt, auch wenn seit 1993 von modernem, nachhaltigem Bergbau gesprochen wird, der angeblich keine Schäden mehr hinterläßt. In Zahlen ausgedrückt belaufen sich die bewerteten Umweltschäden alter und aktueller Großbergbauprojekte auf ca 1. Mrd. US\$. Der Mittel- und Kleinbergbau trägt weitere 200 Mio. US\$ bei. Mit einem Gesetz, das Regelungen zum Verfahrensablauf und notwendigen Maßnahmen bei einer Minenschließung enthält und einem entsprechenden Fonds möchte die peruanische Regierung derartige Schäden ausgleichen.

Die nachfolgenden Fallbeispiele sollen einen detaillierten Einblick geben. Wir gehen in das nördliche andine Hochland nach Cajamarca (Region Cajamarca), in die nordperuanische Küstenzone nach Tambogrande (Region Piura) und nach La Oroya in Zentralperu (Region Junin).

Mathias Hohmann

Cajamarca - 10 Jahre Goldbergbau und die Folgen

Das Goldbergbauprojekt im nordperuanischen Cajamarca war 1993 die erste ausländische Investition im Bergbau Perus. Neben privatem Kapital wurden über eine Beteiligung der Weltbank an den Investitionen und an 5% der Aktien des Unternehmens Minera Yanacocha auch öffentliche Gelder eingesetzt. Mehrheits-eigner ist die US-amerikanische Newmont Corporation, der weltweit größte Goldförderer. Ein weiterer Eigner ist die peruanische Firma Buenaventura.

Die Lagerstätten nördlich der Stadt Cajamarca erwiesen sich in doppeltem Sinn als Goldgrube. Die Jahresfördermenge an Gold stieg von 81.500 Feinunzen (1 Feinunze Gold ~ 31g) im Jahr 1993 auf 2,8 Mio. Feinunzen in 2003. Die Produktionskosten lagen in der

Vergangenheit bei Werten um 80 US\$ pro Feinunze Gold, gegenwärtig sind es ca. 125 US\$. Ein durchschnittlicher Weltmarktpreis der entsprechenden Jahre bei 350US\$ pro Feinunze. Über die 11 Produktionsjahre ergibt sich eine Gewinnspanne, die im Milliardenbereich liegt. Newmont bezeichnet Cajamarca nicht ohne Grund als seinen *Kronjuwel*.

Während im Laufe der Jahre rund 450t Gold die Region verlassen haben, ist die Bevölkerung der Region weiter verarmt – Cajamarca ist in Peru mittlerweile die Region mit der zweithöchsten Rate an extremer Armut. Die hohe Wirtschaftsleistung der Region durch den Bergbau für das Land hat keine relevanten Auswirkungen für die lokale Entwicklung. Damit bewahrheitet sich folgendes Zitat, das

zudem noch aus einem Gutachten für Minera Yanacocha stammt: *“...die hohe Produktivität des Bergbausektors hat keine relevanten Effekte auf Einkommen und Lebensniveau der Bevölkerung (...), wenn die restlichen Bereiche der Ökonomie nicht auch wachsen.”* (A. Indacochea, *Cajamarca Competitiva*, 1998).

Landerwerb unter Zwang

“Sie sagten ich solle es verkaufen, aber ich wollte nicht. (...) Sie sagten, ‘die Landflächen gehören nicht Euch, sie gehören dem Staat, die Flächen mit Bodenschätzen sind Eigentum des Staates, nicht Euer Eigentum’.” Einwohnerin von Porcon bei Cajamarca

Für Erkundungsarbeiten mußte das Unternehmen von 1993-1998 Land erwerben, das die Lebensgrundlage vieler Bauern darstellte. Viele der Bauern besaßen keine Rechtstitel für ihr Land. Auf sie wurde seitens des Unternehmens skrupeloser Druck ausgeübt und mit staatlicher Enteignung gedroht. Gedroht wurde ebenso mit dem Einsatz der Sicherheitskräfte des Unternehmens, die sich aus ehemaligen Militärangehörigen zusammensetzen. Es wurden niedrige Verkaufspreise erpreßt (24 US\$ pro Hektar), von denen im Tal keine gleichwertigen Flächen gekauft werden konnten – ein weiterer Schritt in die Verarmung! Die Klagen der Bauern vor den lokalen Behörden und der Justiz stießen auf taube Ohren. Unterstützung fanden sie lediglich beim Priester der Gemeinde Porcon und bei kirchlichen Institutionen in der Stadt Cajamarca.

Moderner Bergbau?

Die Bergbauzone im Norden Cajamarca liegt in den Quellgebieten von vier Flüssen. Das Gold wird gewonnen, indem eine hochtoxische Zyanidlösung über das zu riesigen Haufen gelagerte Gesteinsmaterial ausgebracht, mit Gold angereichert über Drainagen im mit Dichtungsbahnen versehenen Fußbereich eingesammelt und weiter aufbereitet wird. Es ist eine Art chemische Fabrik unter freiem Himmel. Umweltbeobachtungen lassen eindeutig auf den Austritt von kontaminierten Prozessabwässern schließen. Bauern der angrenzenden ländlichen Zonen berichten

über Veränderungen der Wasserqualität der Bach-, Fluß- und Kanalläufe. Zahlreiche an Bächen gelegene Forellenzuchtstationen waren im Laufe der Jahre von Störfällen betroffen, die zum Tod der Zuchtpopulationen und ökonomischen Verlusten geführt haben. Auch in den Wasserwerken der Stadt wurden erhöhte Werte an Schwermetallen und Sedi-mentsanteilen im Wasser gemessen. Chemische Analysen ergaben Messwerte über den gesetzlich zugelassenen Grenzwerten.

Der Bergbau hat nicht nur direkte Auswirkungen vor Ort. Im Juni 2000 verunglückte ein Transporter, der im Auftrag der Miningesellschaft nach Lima unterwegs war und verschüttete entlang einer Strecke von ca. 40 km in drei Ortschaften 151kg anorganisches Quecksilber, das als Nebenprodukt im Bergbau gewonnen wird. Mehr als 1000 Menschen waren den toxischen Einwirkungen ausgesetzt, an deren Folgen sie noch heute leiden. Die Miningesellschaft hat teilweise Kompensationszahlungen an die Betroffenen geleistet, deren Gesundheitsprobleme setzen sich jedoch fort. Die Miningesellschaft sieht aber die aktuellen Gesundheitsprobleme nicht in Verbindung mit dem Unfall und tendiert dazu die Bevölkerung der Schauspielerei zu bezichtigen. Das Bild des nicht verschmutzenden sogenannten modernen Bergbaus, das von staatlicher Seite und den Unternehmen gern verbreitet wird, ist nicht zu halten.

Das Bild des Unternehmens und die Position der Bevölkerung

Minera Yanacocha gesteht negative Auswirkungen des Bergbaus ein, sagt jedoch auch: *“Wir verunreinigen nicht.”*. Diese zahlreichen Beobachtungen widersprechende Sprachregelung findet sich in vielen Studien. Die Umweltprobleme in Cajamarca haben in den 90er Jahren zuerst die ländliche Bevölkerung zu Protesten aktiviert. Regelmäßig gibt es Protestmärsche in der Stadt an denen Tausende Menschen teilnehmen. In ihrer Position zum Bergbau ist die Bevölkerung der Region jedoch gespalten. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen Erwartungen der Menschen an den Bergbau. Zum anderen ist diese Spaltung

ein Arbeitsziel der Minengesellschaft. Da bei totaler Ablehnung der Bergbau kaum zu realisieren wäre, müssen Teile der Bevölkerung gewonnen werden, indem sie durch Projekte und Gelder profitieren. Im Stadtbild ist Minera Yanacocha daher allgegenwärtig. Ihre wirtschaftliche Macht erlaubt es ihnen viele Projekte zu fördern: die Polizei erhält Schutzwesten, Schulen erhalten Unterrichtsmaterialien, der traditionelle und berühmte Karneval wird ebenso unterstützt wie Projekte der Lokalregierung. Die Mine präsentiert sich als Wohltäterin für Umwelt und Tourismus, die von ihr mitfinanzierten Touristeninformationskabinen sorgen auch für optische Präsenz im Stadtbild. Hinzu kommt die Dominanz im Medienbereich der Stadt – alle bedeutenden Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen befinden sich in finanzieller Abhängigkeit.

Für das Unternehmen ist es bedeutsam zentrale Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse zu dominieren. Öffentlichkeit dort wo es für das Unternehmensbild gut ist, verschlossene Türen an Stellen, wo Kritik zu befürchten ist. Es ließe sich auch wie folgt fassen: die Zahl der Befürworter soll erhöht, die der Kritiker minimiert und die verbleibenden Kritiker sollen als Extremisten dargestellt werden. Die Erfahrungen in Nordperu zeigen: wer im Zuge von Bergbauprojekten demokratische Rechte und Verfahren fordert, wird schnell der Subversion oder des Terrorismus bezichtigt. Cajamarca ist mehr als 10 Jahre nach Beginn des Bergbaus eine gesplante Stadt mit zahlreichen sozialen Problemen, deren Ursache die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen des Bergbaus ist.

Der Berg Quilish - Trinkwasser oder Gold

Fünf Berge sind bereits "gefallen", ein sechster soll folgen: der Quilish. Aus dessen Einzugsgebiet stammen jedoch 70% des Trinkwassers für Cajamarca (140.000 Einwohner). Seitens der Lokalregierung gab es den Versuch den Berg zur geschützten Zone zu erklären. Nachdem zwei Klagen der Minengesellschaft gegen die Verordnung scheiterten, äußerte sich das peruanische Verfassungsgericht in der Angelegenheit. Es erklärte den Schutz in der

vollzogenen Form für nicht rechtmäßig, da die lokalen Behörden in der konkreten Angelegenheit nicht zuständig seien.

Gegenwärtig laufen die Entscheidungen zur Genehmigung der Erschließungsarbeiten am Berg Quilish. Jüngst wurde die notwendige Umweltverträglichkeitsstudie präsentiert. Es gab zahlreiche Einwendungen von Seiten des Bergbauministeriums und von lokalen Umweltorganisationen. Die Minengesellschaft

?

Quilish ab 2005

Wasser oder GOLD ?

hat bis Mitte dieses Jahres (2004) Zeit die Einwendungen mit Begründung zu entkräften. Danach entscheidet das Ministerium über die Genehmigung. Bisher sind in Peru kaum Projekte wegen Mängeln der Umweltauswirkungsstudie gescheitert.

Ein Teil der Bevölkerung Cajamarcas demonstriert gegen den Abbau des Berges. Die lokalen Umweltorganisationen haben mit Einwendungen zur Umweltauswirkungsstudie beigetragen. Aber wird die Entscheidung über die Genehmigung in transparenter Weise gehandhabt und werden alle Proteste den Abbau des Berges Quilish verhindern können, selbst wenn die Minengesellschaft sagt, die "soziale Lizenz" der Bevölkerung ist für die Erschließung Voraussetzung? Im Berg Quilish schlummert nach gegenwärtigem Erkundungsstand ein Vorrat von mehr als 100 Tonnen Gold...

Mathias Hohmann, mit Artikeln von Marco Arana (GRUFIDES - www.grufides.org) und Friends of the Earth (www.foei.org)

Tambogrande: Friedlicher Kampf für die Landwirtschaft bringt Etappensieg

“Wir kauften das Land, haben es entwickelt, bewässert, jeden Tag bearbeitet und wir investieren und reinvestieren unser Kapital, um Nahrung zu produzieren. Wir leben hier und genießen unsere Tage, und unsere Kinder und Enkel werden hier leben, da dies uns gehört, und niemand wird uns rauswerfen.” Godofredo Garcia Baca, ehemaliger Präsident der Mangoanbauer

Godofredo Garcia war führend im Widerstand der Einwohner Tambograndes gegen die Absichten des kanadischen Unternehmens Manhattan Minerals Corporation in Tambogrande Goldvorkommen zu erschließen. Er wurde am 31.3.2001 ermordet. Bis heute ist der Fall nicht aufgeklärt.

Tambogrande liegt in der Region Piura im Norden Perus. Vor 60 Jahren halfen Weltbankkredite bei der Entwicklung der Land- und Obstwirtschaft durch den Bau von Bewässerungssystemen. In Tambogrande werden vor allem Reis, Zitronen und Mangos angebaut. Mangos und Zitronen machen 40% der peruanischen Produktion aus und erwirtschaften jährlich einen Wert von 150 Mio. US\$ für Perus Ökonomie. 15.000 Menschen leben von der Land- und Obstwirtschaft, die für die Region eine stabile wirtschaftliche Basis bildet.

Die Region ist dem Begehrt von Minenunternehmen ausgesetzt, da sie über wertvollen Bodenschätzen (Gold, Kupfer, Zink, Silber) liegt. Betroffen sind landwirtschaftliche Produktionszonen ebenso wie einzigartige Ökosysteme (Trockenwälder) und städtische Zonen.

Ein irrsinniges Bergbauprojekt

Manhattan Minerals Corporation ist eine sogenannte Junior-Firma, die Risikokapital aufnimmt und auf Erkundungsarbeiten spezialisiert ist, um bei entsprechendem Erfolg die Bergbaurechte teuer weiter zu verkaufen. In Tambogrande jedoch wollten sie eine Goldmine errichten und betreiben. In Planung war die Errichtung eines offenen Tagebaus, in

dem das Gold mit Natriumzyanid aus dem Gestein gelöst werden sollte. Das Vorkommen hat einen geschätzten Wert von 1 Mrd. US\$. Dafür wäre die Umsiedlung von 8.000 Einwohnern der Stadt Tambogrande und die Umleitung eines Flusses notwendig. Die erfolgreichen landwirtschaftlichen Aktivitäten wären direkt und indirekt gefährdet gewesen.

Der peruanische Staat öffnete dem Projekt Tür und Tor. Der damalige Präsident Fujimori erließ ein spezielles Dekret, in dem er das Projekt in Tambogrande zu einem Projekt nationalen Interesse erklärte und das bestehende Verbot des Bergbaus in städtischen Gebieten aushebelte. Zudem durfte Manhattan innerhalb der 50 km-Zone zur ecuadorianischen Grenze Konzessionen operieren. Eine Ursache für dieses Entgegenkommen war sicherlich, dass der peruanische Staat an dem geplanten Projekt einen Anteil von 25% besaß.

Auffällig ist, dass im Fall Tambogrande selbst die ökonomische Bilanz zu Gunsten der Landwirtschaft spricht. Bei einer Investitionssumme von geplanten 315 Mio. US\$ wären in der Produktionsphase des Goldbergbaus lediglich 500-600 Arbeitsplätze entstanden. Der Wert des Tales wird auf ein Vielfaches der Investition und der zu gewinnenden Devisen geschätzt (mehr als 2 Mrd. US\$). Hinzu kommt der Wert der Produktion über einen Zeitraum von Jahrzehnten. Es wären mehr viel Arbeitsplätze vernichtet worden als neue entstanden wären. Erst im Jahr 2003 wurden zudem neue Weltbankgelder für die Überholung der Speicher- und Bewässerungssysteme bewilligt.

Abstimmung, viele Unterstützer, kreativer und friedlicher Widerstand

Die ersten Arbeiten der Mine begannen 1998. Ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten und deren Gefährdung vor Augen, setzte sich die Bevölkerung friedlich zur Wehr. 1999 erklärten die Bischöfe der Erzdiözese Piura-Tumbes ihre Unterstützung für die Bevölkerung. Im Jahr 2000 kam es zu ersten Protestmärschen, Streiks und Blockaden in der Stadt Piura. 2001 fand eine erste Umfrage unter der Bevöl-

kerung Tambograndes statt. 75% der stimmberechtigten Einwohner lehnten demnach den Bergbau ab. Die Petition wurde dem peruanischen Kongreß übergeben. Der Staat bestand dennoch weiter auf seinen Absichten, den Bergbau zu genehmigen und ignorierte die Stimmen der Bevölkerung. Der damalige Bürgermeister des Distriktes Tambogrande nutzte schließlich eine Möglichkeit im peruanischen Kommunalrecht. Die dort beschriebene *consulta vecinal* ist ursprünglich eine Nachbarschaftsbefragung bzw. ein Referendum, das bei Angelegenheiten von lokaler Bedeutung abgehalten werden kann. Im Juni 2002 wurde die Abstimmung mit Unterstützung nordamerikanischer Organisationen und in Anwesenheit von offiziellen Beobachtern abgehalten. Das Ergebnis war eindeutig – 94% der abgegebenen Stimmen lehnten den geplanten Bergbau im Distrikt Tambogrande ab. Die Bevölkerung hat dem Projekt die soziale Lizenz verweigert. Staatliche Stellen blieben dennoch vorerst unbeeindruckt.

Statt dessen wurden die Projektentwicklung und die Erstellung der Umweltauswirkungsstudie im Jahr 2003 fortgeführt. Diese Studie sollte Ende des Jahres in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt werden. Massive Streiks und Blockaden sowie kreative Initiativen der Bevölkerung verhinderten diese Veranstaltungen. Die Thematik wurde mit entsprechenden Kampagnen auf die nationale Ebene gehoben. Nicht nur in Tambogrande wurde

gestreikt, auch in Lima fanden Proteste und Aktionen statt. Lieder wurden geschrieben, Theaterstücke wurden aufgeführt. Der Widerstand war massiv, friedlich und kreativ.



Mangopflanzungen sind durch den Goldbergbau gefährdet.

Foto: Ernesto Cabellos/
Guarango

*Mi limón, mi árbol limonero
no, no, no lo extinguirás
oye bien, óyeme Manhattan
en ésta no ganarás.*

*Meine Zitrone, meinen Zitronenbaum,
du wirst ihn nicht, nicht, nicht auslöschen,
höre gut, höre mich Manhattan,
darin wirst du nicht gewinnen.
Hip-Hop-Gruppe "Los Ecológicos"*

Im Dezember 2003, nachdem die öffentlichen Anhörungen wegen des fortdauernden Widerstandes nicht durchgeführt werden konnten, folgte die überraschende Entscheidung, dem kanadischen Unternehmen die Option zu entziehen, das Projekt durchzuführen. Offizielle Argumente - das Unternehmen konnte nicht genügend finanzielle Mittel nachweisen und es fehlte der Nachweis von Produktionskapazitäten. Jedoch gilt sicherlich, dass die soziale Lizenz fehlte und der Staat Schlimmeres fürchtete, wenn er die Realisierung dieses Projektes gestatten würde. Der Widerstand hatte in der internationalen Gemeinde Gehör gefunden und war sogar bis auf die Finanzmärkte vorgedrungen, auf denen Manhattan das notwendige Geld für die Investitionen suchen mußte. Gegenwärtig klagt das Unternehmen vor einem Schiedsgericht gegen den peruanischen Staat, um die geleisteten Investitionskosten in Höhe von 60 Millionen US Dollar zurück zu erhalten.

Die Stärken der Kampagne bestanden in der wesentlichen Einheit der lokalen Bevölkerung, die auch durch die üblichen Gegenstrategien des Unternehmens (Verleumdungskampagnen, Finanzierung von lokalen Gegenorganisationen, Manipulation der Medienlandschaft) nicht geschwächt wurde. Bedeutsam war die Vernetzung mit peruanischen und internationalen Organisationen, die die demokratische Bewegung unterstützten und vor allem die Kontinuität des friedlichen Widerstandes. Denn die Abstimmung im Juni 2002 zeigte zwar das Fehlen der sozialen Lizenz. Ohne den fortgesetzten kontinuierlichen Kampf hätte dieses Ergebnis allein nicht ausgereicht.



Tambogrande im Streik (Herbst 2003)
Foto: Ernesto Cabellos/Guarango

Kaffeebauern und Vertretern des Comité de Autodefensa (Komitee zur Selbstverteidigung) des Distriktes Tabaconas, die für den Bergbau sind. Letztere waren bewaffnet. Es gab 40 Verletzte. Das apostolische Vikariat von Jaén bat daraufhin die Minengesellschaft sich zurückzuziehen, da ihre Anwesenheit soziale Konflikte erzeugt. Ende Juni trafen sich die Bürgermeister von San Ignacio, Namballe, Chirinos, San José de Lourdes und La Coipa. Sie veröffentlichten eine

Bei allem Erfolg, erreicht ist eine Zwischenlösung. Das Problem besteht fort, denn die Konzession wurde nicht aufgehoben und kann von einem finanzstärkeren Unternehmen möglicherweise erworben werden. In der Region liegen zudem weitere Konzessionen und nicht nur Tambogrande ist noch gefährdet, sondern die ganze Region um das fruchtbare Tal Chira-Piura.

Dennoch - Tambogrande dient als Modellfall. Die Erfahrungen verbreiten sich, sehr zur Beunruhigung staatlicher Organisationen, die ähnliche Entwicklungen an anderen Orten in Peru befürchten. Es geht die Angst um, dass Investoren von einem Engagement abgeschreckt werden können.

Weitere Tambograndes in Nordperu?

Bereits im Juni 2003 gab es weitere Fälle von Auseinandersetzungen und Gegenwehr gegen Bergbauprojekte in Nordperu. Vertreter und Organisationen aus den Regionen Piura und Nordcajamarca schlossen sich zusammen und verabschiedeten im Sommer 2003 die Erklärung von Tabaconas.

Zur Situation in Nordperu schreibt Factortierra, eine Medienagentur in Piura, folgendes: "Am 8. Juni 2003 gab es Zusammenstöße zwischen

Erklärung, in der sie die bergbauliche Erschließung ablehnten, da sie die landwirtschaftlichen Aktivitäten in der Region gefährdet. Im November gab es einen erneuten Streik in San Ignacio gegen den Bergbau, für die Landwirtschaft. Ein neues Tambogrande und vielleicht erscheinen zukünftig noch mehr."

Quelle: www.factortierra.cjb.net

Im April 2004 flammten in der gleichen Region neue soziale Konflikte und Proteste auf. 7.000 Bauern marschierten zum Lager der Niederlassung einer britischen Bergbaufirma, um gegen die Arbeiten zu protestieren und den ihnen stetig verweigerten Dialog mit dem Unternehmen und Regierungsvertretern zu suchen. Die peruanische Polizei marschierte auf, es gab wiederum zahlreiche Verletzte. Auch hier sieht die Bevölkerung ihre Lebensgrundlage in Gefahr (Landwirtschaft, Kaffeeanbau) und sieht sich bei den Projekten nicht beteiligt.

*Mathias Hohmann
mit Artikeln von Elena Muguruza,
Stephanie Boyd (www.guarango.org),
Factortierra (www.factortierra.cjb.net)*

Bleierne Zeiten in La Oroya

“Der Schaden ist unumkehrbar. Wir haben viele Kinder gesehen, die nicht die durchschnittliche Größe für ihr Alter haben und denen es schwer fällt Informationen zu behalten.”, Dora Santana, in: The Washington Times, 14. Februar 2004

Sie werden Bleikinder genannt. Sie leben in La Oroya, einer Stadt in den zentralen Anden in rund 175 km Entfernung östlich der Hauptstadt Lima auf einer Höhe von ca. 3500m. Das Blei entstammt einer Schmelzanlage von Doe Run Perú, dem peruanischen Ableger der Doe Run Company, einem Bergbauunternehmen mit zweifelhafter Umweltbilanz in den USA.

Die Produktionsanlage wurde im Jahr 1922 in La Oroya begründet. In den 70er Jahren erfolgte die Verstaatlichung, im Jahr 1997 wurde die Anlage aus den Händen des staatlichen Unternehmens CENTROMIN privatisiert.

Die Situation in La Oroya entlarvt die Mythen, die um den Bergbausektor Perus und seinen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung von Vertretern aus Unternehmen und staatlichen Institutionen gerankt werden.

Umwelt- und Gesundheitsbelastung

Die Erzverarbeitungsanlage in La Oroya ist Quelle erheblicher Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Emittiert werden neben Bleistaub und Schwefeldioxid auch Cadmium und Arsen. Die Schwefeldioxidwerte überstiegen die maximal zulässigen Werte der Weltgesundheitsorganisation in 1999 um das Siebenfache. Chronische Atemwegserkrankungen sind die Folge. An der Situation hat sich wegen ausbleibender Investitionen nichts geändert. Die Wirkung der Bleiemissionen läßt sich an den Blutwerten der Einwohner ablesen. Repräsentative Studien durch das peruanische Gesundheitsministerium im Jahr 1999 ergaben, dass 99,1% der Kinder unter 10 Jahren in La Oroya Blutbleiwerte oberhalb der Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation aufweisen. 20% hatten so hohe Werte, dass sie eine dringende Krankenhausbehandlung benötigt hätten. Cadmium und Arsen reichern

sich in den Böden nicht nur der Stadt an. Die Wirkungen reichen aufgrund der Schadstoffverfrachtung über die ca. 30.000 Einwohner zählende Stadt hinaus und betreffen auch das Umland.

Die Studie sollte erst einmal keine Konsequenzen nach sich ziehen. Drei Jahre (2002) später publizierte die Organisation “Uniendo Manos contra la Pobreza” im Jahr 2002 eine weitere Studie basierend auf neuen Daten, die auf die fortbestehend kritische Situation verwies und einen dringenden Aktionsplan empfahl.

“Wir sehen die Problematik, aber es ist nicht unsere Schuld”

Das Unternehmen selbst schreibt zu diesem Thema, dass eine eigene Detailstudie gleichartige Werte erbrachte wie die vorherigen Studien, dass aber “(...) bei den Kindern keine Anzeichen einer Bleivergiftung gefunden wurden, auch wenn die Bleiwerte im Blut international empfohlene Werte überschritten. (...) Die Studien zeigen, dass keine alarmierenden Wirkungen in der Gesundheit der Kinder festzustellen sind.” Blei wirkt jedoch insbesondere bei Kindern chronisch, hat Auswirkungen auf das Nervensystem und verzögert die kindliche Entwicklung. Die Studie des Unternehmens nennt auch die Quellen für das Blei: an erster Stelle alte Belastungsquellen durch verseuchte Böden, danach der Autoverkehr und erst an dritter Stelle die Raffinerie. Der Zynismus des Unternehmens geht dahin weiter, dass unzureichende hygienische Zustände in der Bevölkerung für die Bleibelastung verantwortlich gemacht und Programme angeboten werden, die bestimmte Ernährungen empfehlen, ebenso häufiges Baden, Reinigen des Körpers und Waschen der Hände, um die Bleibelastung zu senken.

Problem erkannt, aber nicht gehandelt

Gravierend ist nicht nur die Situation, erschreckend ist zudem die Untätigkeit staatlicher Organisationen. Seit der Studie von 1999 wurden keine Maßnahmen ergriffen, die zu einer Verbesserung der Situation geführt

hätten. Alle Entscheidungsträger sind informiert, es gab Informationsveranstaltungen im April 2003 im peruanischen Kongreß. Zahlreiche internationale Organisationen versuchen zu intervenieren. Trotzdem geschieht in der entscheidenden Angelegenheit einer

Unterscheidung mit der Verabschiedung von umweltgesetzlichen Regelungen in Peru, die Umweltschäden nicht mehr zulassen würden. Leider sind es umweltgesetzliche Regelungen, die nicht vollzogen werden.



Metallurgischer Komplex La Oroya

Foto: AIDA

Reduzierung der Umweltbelastung nichts. Der Mai 2004 brachte eine neue Überraschung - DOE RUN PERU berichtete, es müsse die Fristen für geplante Investitionen, die eine Reduzierung der Belastung herbeiführen würden, erneut aufschieben.

“Bedauerlicherweise können wir momentan nicht investieren”

Die Situation in La Oroya offenbart gravierende Umsetzungsprobleme in der peruanischen Umweltgesetzgebung und Schwächen im mit dem Unternehmen geschlossenen Privatisierungsvertrag. Gern wird in öffentlichen Diskursen in den Medien zwischen altem und neuem Bergbau unterschieden. Dem alten Bergbau werden die zahlreichen bestehenden Umweltschäden zugerechnet, der neue, moderne oder nachhaltig genannte Bergbau kennt demnach keine Umweltschäden mehr. Das Jahr 1993 soll den alten vom Bergbau neuen Stils “trennen”. Begründet wird diese

Als neue Instrumente der Umweltpolitik wurden Anfang der 90er Jahre sogenannte Umweltanpassungspläne (PAMA) eingeführt, in denen über einen definierten Zeitraum im Produktionsprozeß zu tätige Investitionen festgeschrieben wurden, um die Umweltbelastung von Altanlagen wie der in La Oroya zu senken. Auch DOE RUN verfügt über einen solchen Plan. Dieser ist sogar Bestandteil des Privatisierungsvertrages. Im Ausgleich für die im PAMA vorgesehenen Investitionen in Höhe von 174 Mio. US\$ bis zum Jahr 2007 wurde der Kaufpreis der Produktionsanlage geringer

angesetzt. Die Unwirksamkeit dieses umweltpolitischen Instrumentes lässt sich daran ersehen, dass DOE RUN im Mai 2004 bereits die vierte Änderung des Planes und die weitere Verschiebung von Investitionen beantragt hat. Kleinere Investitionen wurden umgesetzt (ca. 40 Mio. US\$). Größere jedoch, wie der Bau einer Entschwefelungsanlage für die Reduktion von Schwefeldioxidemissionen bisher nicht. Maßnahmen für die Reduktion der Bleiemissionen sind Fehlanzeige. Das Argument von DOE RUN lautet sinngemäß: *Da wir die Investitionen aus dem laufenden Geschäft finanzieren und die Weltmarktpreise zu wenig Ertrag bringen, können wir leider nicht investieren. Andernfalls müssten wir die Anlage schließen.* Der peruanische Staat schaut hilflos zu und genehmigt den Aufschub.

Bewegung und Organisation

Die Betroffenen in La Oroya organisieren sich. Es gibt eine Bewegung für die Gesundheit von La Oroya (MOSAO), die verschiedene soziale Organisationen, indigene Dorfgemeinschaft-

ten und natürliche Personen aus La Oroya umfaßt. Entsprechende Handlungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Für La Oroya soll der Gesundheitsausnahmestatus der Bevölkerung erklärt werden. Gegenwärtig gibt es einen Gesetzesentwurf des Abgeordneten der Region, der im peruanischen Kongress zirkuliert. Zu den Forderungen zählen weiterhin die sofortige medizinische Behandlung der betroffenen Bevölkerung, die Reduktion der toxischen Emissionen, die Wiederherstellung der Umweltqualität der urbanen Zone verbunden mit dem Aufruf an die zuständigen Behörden, sofort zu handeln. Im Auftrag des Netzwerkes RED MUQUI arbeitet die peruanische Organisation Labor an einem Gesetzesentwurf, der das Menschenrecht auf Gesundheit und eine intakte Umwelt verankern soll. Kein engagierter Widerstand ohne Konflikte. Aus Kreisen der Arbeiter von DOE RUN werden

die Aktivisten in La Oroya als Ruhestörer angefeindet. Bei einer Veranstaltung im Mai 2004 im peruanischen Kongress flogen Steine gegen die Aktivisten. Die Verteidigung des Grundrechts auf eine gesunde Umwelt wird mit Gewalt beantwortet.

Die Studie der Organisation Earthjustice aus dem Jahre 2002 heißt "La Oroya kann nicht warten." Einige Leute sehen dies zynischerweise anders. Dennoch gilt: die bleiernen Zeiten in La Oroya müssen ein Ende haben. Verstärkter internationaler Druck ist notwendig.

*Mathias Hohmann
auf der Basis von Beiträgen von
AIDA (www.aida-americas.org),
Red Muqui (www.muqui.org),
DOE RUN (www.doerun.com.pe),
DIGESA (www.digesa.sld.pe),
International Right to Know (www.irtk.org)*

Positiver Widerstand: Forderungen und Handlungsziele

*"(...) Erklären wir unsere drei kirchlichen Bereiche zu Gebieten, die für die Erkundung und den Bergbau nicht bereit sind, unter Berücksichtigung der territorialen Realitäten, des Empfindens der Bevölkerung und seiner Behörden.(...)"
Bischöfe von Piura, Chulucanas und Jaén,
Erklärung vom 1. Mai 2004*

Angesichts der Situation im peruanischen Bergbau, der negativen Erfahrungen an vielen Orten, dem Beharren des Staates auf einem fortgesetzten Ausbau des Bergbaus als Entwicklungsschiene und möglichen mehr als 250 weiteren Projekten, die in den nächsten Jahren begonnen werden sollen, formiert sich vermehrt Widerstand. Es werden die Stimmen lauter, die Forderungen nach einem garantierten Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung und nach Ausschlusszonen für den Bergbau stellen.

Die Kritik an der Situation wächst seit mehreren Jahren. Im Dezember 2000 fand zur Bergbauproblematik zum ersten Mal ein nationaler Marsch auf Lima statt, organisiert von CONACAMI, der Nationalen Koordination

der vom Bergbau betroffenen Gemeinden in Peru. Deren Forderungen unterstützen im wesentlichen das Recht der traditionellen Gemeinschaften auf Teilhabe an Entscheidungen, die Anerkennung von kommunalem Besitz und das Recht auf unversehrte Gesundheit. Die Forderungen richten sich gegen die Verletzungen grundlegender Menschenrechte durch den Bergbau und gegen die Verfolgung zahlloser lokaler Autoritäten und Mitglieder von bergbaukritischen Organisationen.

Impulse und Motivation erhielt die Bewegung durch die zahlreichen ungelösten Konflikte zwischen Bergbau und lokaler Bevölkerung, die staatlicherseits hingenommen oder mit halbherzigen Lösungsansätzen (Dialogförderung zwischen den Akteuren) bedacht wurden. Ein wesentlicher Faktor war zudem der seit 1999 über Jahre hin friedliche Kampf in Tambogrande für die Fortführung der Landwirtschaft als Alternative gegenüber dem Bergbau.

Im April 2004 protestierten in Nordperu in der Grenzregion zu Ecuador Bauern gegen die

Aktivitäten einer britischen Bergbaufirma, von deren Tätigkeit Gefährdungen für die Wasserressourcen und die landwirtschaftliche Produktion in der Region ausgehen. Die Proteste dauerten mehrere Tage an, die Polizei schritt mit Tränengas ein, es gab Verwundete und Tote und ein Basislager der Mine wurde zerstört.

Die folgende Stellungnahme des Netzwerkes **Muqui** ist eine Reaktion auf diese Unruhen und Krisensituation Ende April im Norden Perus und bringt die Kernforderungen, die angesichts der Problematik geäußert werden, nochmals deutlich hervor:

“NETZWERK MUQUI: UMWELTPROBLEME IN DEN PROVINZEN PERUS

Vorschläge und Auswege

In San Ignacio, Huancabamba, Jaén, Tambogrande, Oroya und anderen Orten gibt es wegen des Bergbaus große Umweltprobleme. Wir nehmen Stellung zur Erklärung des peruanischen Bergbau-Ministeriums zum Weltbankdokument *“Extractive Industries Review” [Diese Prozess ist eine von der Weltbank durchgeführte Evaluation des Engagement s der Weltbank in Projekten des Öl- und Mineralienabbaus]*

1. Das Vordringen der Minen in land- und weidewirtschaftliche Gebiete, Naturreserve, Quellgebiete, Seenlandschaften usw. verursacht soziale Konflikte. Es bedarf dringend neuer Gesetze und Vorschriften, die den Schutz der Bevölkerung gewährleisten.

2. Die vom Bergbau Betroffenen wurden in der peruanischen Geschichte immer ausgegrenzt. Trotzdem versuchen sie, auch wenn sie in Armut leben, Organisationen zur Durchsetzung ihrer Rechte zu gründen, um die Entwicklung ihrer Gemeinden und Regionen zu sichern.

3. Das Wachstum des Bergbaus in Peru hatte keine positive Auswirkung auf die Wirtschaftskrise des Landes.

4. Minenunternehmen führen 3,8% ihres Einkommens an Steuern ab, Bäuer/innen

bezahlen einen höheren Beitrag, Berufstätige ca. 12%. Die Minenunternehmen tragen nur 3% zum gesamten Steueraufkommen des Landes bei.

5. Der Anteil der Minensteuer (Canón Minero), den die Gemeinden erhalten, ist unbedeutend.

6. Die betroffenen Gemeinden profitieren auch deshalb nicht von den Minensteuern, weil ein Großteil der Steuer in der Hauptstadt Lima bleibt.

7. Das Minenministerium ist die zuständige staatliche Behörde für die Kontrolle der Minenprojekte. Gleichzeitig soll es den Bergbau fördern. Dieser Interessenkonflikt verhindert die Kontrolle der Minen. Minen müssen keine Versicherung in Bezug auf eventuelle Umweltschäden abschließen.

8. Es wäre wichtig, für das ganze Land einen Nutzungsplan vor allem nach Wirtschafts- und Umweltkriterien zu entwerfen, um klarzustellen, welche Gebiete für den Bergbau geeignet sind und welche nicht. All das wird im Weltbankdokument *“Extractive Industries Review”* genau beschrieben.

9. Die betroffene Bevölkerung soll an den Entscheidungsprozessen über ein Minenprojekt mitwirken können. Das bedeutet, dass sie informiert ist über Vorteile, Nachteile und Risiken, dass sie mitbestimmen kann und dass ihre Rechte berücksichtigt werden. So steht es im Weltbankdokument. Das ließ der Staat bisher nie zu. Er teilte lediglich seine Entscheidungen mit.

Wir glauben, dass der Bergbau in Peru ein Wirtschaftszweig ist, der etwas zur lokalen und nationalen Entwicklung beitragen kann, wenn er die Rechte der Betroffenen respektiert, Mitbestimmung fördert und die Umwelt nicht zerstört.“

(Übersetzung: Elena Muguruza, Zusammenfassung: Hans Meister)

Die Erklärung des Netzwerkes Muqui folgte der oben zitierten Erklärung der drei Bischöfe vom 1. Mai 2004. Vertreter der Kirche spielten bei den Ereignissen in Tabaconas im letzten

Jahr und in diesem Jahr in Ayavaco eine wesentliche Rolle, in dem sie die Positionen der Bevölkerung unterstützten.

Konkrete Taten und Handlungsansätze

Die Kritiker stellen nicht nur Forderungen, sondern sie bieten auch unterschiedliche Handlungsansätze.

CONACAMI hat einige der von ihnen betreuten Konfliktfälle vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zur Anzeige gebracht. Drei von den 15 Fällen werden weiter verfolgt und näher untersucht. Eine Delegation der Kommission weilte bereits in Peru.

Seit längerem schon fordert CONACAMI die Einrichtung einer Kommission auf nationaler Ebene in Peru, an der der Staat, die betroffenen Gemeinden und die Unternehmen vertreten sind, um die bestehenden Konflikte zu lösen. Eine Absichtserklärung wurde 2002 durch Präsident Toledo unterzeichnet, bisher jedoch nicht umgesetzt. In den Regionen Perus arbeiten die Regionalgruppen von CONACAMI sehr stark praxisorientiert im Themenbereich Bevölkerungsbeteiligung bei der Umweltüberwachung.

In Kooperation mit Abgeordneten des peruanischen Kongresses hat das Netzwerk Muqui verschiedene Gesetzesinitiativen zu folgenden Themen entwickelt - Gesundheitsschutz in Bergbauzonen, Bevölkerungsbeteiligung bei Bergbauprojekten, Gesetz zur Erklärung der

gesundheitlichen Notsituation in La Oroya und einem Gesetz, das das Tal San Lorenzo-Tambogrande zur unberührbaren Zone erklärt, um es vor bergbaulichen Eingriffen zu schützen.

Ende 2003 wurde vom Kongreß zudem ein Gesetz verabschiedet, das die erforderlichen Maßnahmen und die finanzielle Absicherung beim Auslaufen eines Minenprojektes vorschreibt. Aus einem Kompensationsfonds, in den die Unternehmen einzahlen, sollen notwendige Rehabilitierungsmaßnahmen finanziert werden.

Im Mai und Juni 2004 wurde im Kongreß ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der die Erhebung von Lizenzgebühren regeln sollte, nachdem sich der Staat gegen jede Einführung derartiger Gebühren spernte. Das Gesetz hat in modifizierter Form zwar die Zustimmung erhalten, ob durch die neue Regelung jedoch Mehreinkünfte entstehen werden, bleibt abzuwarten, da insbesondere die großen Unternehmen durch steuerliche Stabilitätsverträge von diesen Lizenzzahlungen nicht betroffen sind.

In den Forderungen enthalten sind auch Schritte hin zu einer Zonierung des Landes. Es sollen zielgerichtet produktive Regionen und Wirtschaftszonen vor möglichen Bergbauprojekten geschützt werden können.

Mathias Hohmann

Gesucht wird: Ihre Stimme

Internationale Solidarität trägt zur Unterstützung der vom Bergbau betroffenen Bevölkerung in Peru bei. Der mit dem Stopp des geplanten Goldbergbauprojektes in Tambogrande erzielte Erfolg ist auch ein Erfolg dieser internationalen Unterstützung, die aus verschiedenen Ländern in Form von Briefkampagnen kam, die sich an die peruanische Regierung und an das kanadische Unternehmen richteten, das demokratische Votum der Bevölkerung vom Juni 2002 zu akzeptieren und von der Erschließung Tambograndes

abzusehen. Selbst auf den internationalen Finanzmärkten zeigten sich durch den vielstimmigen und lauten Protest hervorgerufene Auswirkungen. Die kanadische Firma Manhattan Minerals konnte nicht genügend Finanzkapital vereinen, um die im Optionsvertrag mit dem peruanischen Staat genannten Bedingungen zu erfüllen.

Internationale Unterstützung ist wichtig, denn die betroffene Bevölkerung in Peru und die für die Verbesserung der Situation arbeitenden Organisationen brauchen die internationale

Öffentlichkeit und Solidarität als stärkende Basis für die Durchsetzung ihrer legitimen Forderungen. Dazu zählen die garantierte Mitbestimmung der Bevölkerung bei Bergbauprojekten, die konsequente Umsetzung bestehender rechtlicher Regelungen im Umweltbereich, der rechtlich verankerte Schutz der Gesundheit der Bevölkerung in Minengebieten und die Forderung nach einer ökologisch-ökonomischen Zonierung des Landes, die Flächen und Regionen ausweist, in denen kein Bergbau betrieben werden darf.

Internationale Unterstützung ist legitim. In Peru ist die Einhaltung und Achtung grundlegender Rechte nicht gewährleistet. Es geht um die Durchsetzung grundlegender Menschenrechte, wie z. B. des Rechts auf demokratische Mitsprache, des Rechts auf Ernährung und des Rechts auf Gesundheit.

Peru liegt wie viele Länder des Südens in denen Rohstoffe gefördert und exportiert werden sowohl in punkto Wahrnehmung als auch räumlich weit entfernt – dennoch sind uns die Produkte, die aus den dort geförderten Rohstoffen entstehen sehr nah, denn sie umgeben uns im Alltag. Durch unseren Ressourcenverbrauch und Konsumverhalten bestehen Möglichkeiten der Einflußnahme.

Die Kampagne "Bergwerk Peru: Reichtum geht, Armut bleibt" unterstützt mit einer Briefaktion die Forderungen der Partnerorganisationen und der vom Bergbau betroffenen Bevölkerung in Peru. Mit Ihrer Beteiligung an der Briefaktion können Sie die Forderungen an die peruanische Regierung und dadurch die betroffene Bevölkerung in Peru unterstützen.

Mineralische und fossile Ressourcen werden weltweit an vielen Orten gefördert. Die Bedingungen und Situation im Bergbausektor von Ländern, deren Ökonomie an der Ausbeutung und am Export von mineralischen und fossilen Ressourcen hängt, unterscheiden sich nicht von der Situation und den Erfahrungen in Peru. Verletzungen von Menschenrechten sind an der Tagesordnung, die gravierenden Umweltzerstörungen gleichen sich ebenso. Um Änderungen an dieser Situation zu bewirken,

widmen sich zahlreiche internationale Organisationen in Kooperationen diesem Thema in ihrer alltäglichen Arbeit.

FIAN Deutschland führt seit mehreren Jahren in Kooperation mit dem Zentralverband der Goldschmiede, Silberschmiede und Juweliere eine Goldkampagne durch, die die Auswirkungen des industriellen Goldabbaus auf Mensch und Umwelt kritisiert und für mehr Recycling dieses Rohstoffs wirbt, dessen Abbau aufgrund der hohen Lagerbestände in zahlreichen nationalen Banken unnötig wäre. (Internet: www.fian.de)

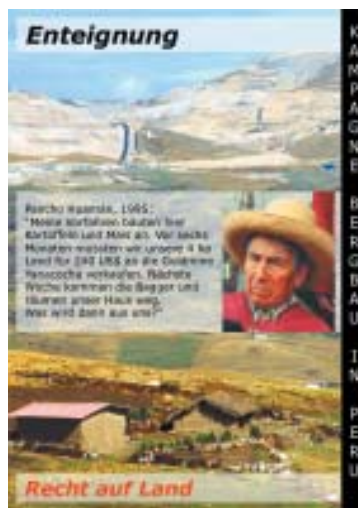
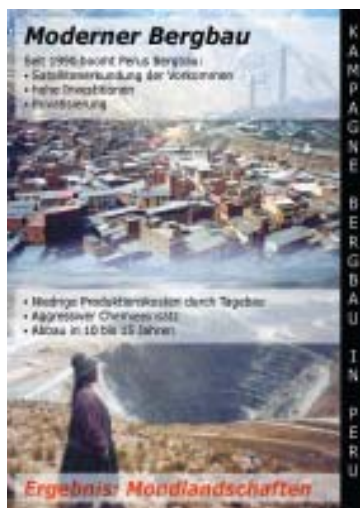
Friends of the Earth International betreibt zahlreiche Kampagnen, die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch den Bergbau anprangern. Zudem wenden sie sich in einer Kampagne gegen das Engagement der Weltbank und deren Vergabe von öffentlichen Mitteln (Internet: www.foei.org) für Projekte im Bergbausektor und bei Gas- und Ölförderprojekten.

Alle Kampagnen suchen eine internationale Öffentlichkeit, um mit diesen Stimmen bei relevanten Institutionen und Entscheidungsträgern Druck auszuüben, um wichtige Veränderungen zu erzielen.

Ihre Stimme zählt!

AUSSTELLUNG ZUR KAMPAGNE

Begleitend zur Informationskampagne wurde eine Posterausstellung angefertigt. Sie besteht aus insgesamt 10 Postern, die sich mit verschiedenen Aspekten des Bergbaus in Peru beschäftigen.



Die Ausstellung ist auf Kunststoffolie im Hochformat gedruckt und kann unter den folgenden Kontaktadressen nachgefragt und ausgeliehen werden.

In DIN A 2 (43 x 60 cm) bei Elena Muguruza, Gartenstr. 81, 71701 Schwieberdingen, Email: muguruza.esche@t-online.de

oder

in DIN A1 (60 x 86 cm) bei Hans Meister, Lortzingstr. 15, 91074 Herzogenaurach, Email: gh.meister@herzovision.de

ZITATE ZUM ERINNERN

"(...) Was uns als staatlichen Behörden ansteht, ist es, private Investitionen zu fördern. (...) die Freiheiten und Rechte, die uns die Demokratie gibt, können sich in den Hauptgegenspieler der privaten Investition wandeln".

José Leon Rivera, Minister für Landwirtschaft Perus,
Mai 2004,

"Schmutzige Industrien: Nur unter uns gesagt, sollte die Weltbank nicht STÄRKER die Verlagerung von schmutzigen Industrien in gering entwickelte Länder unterstützen? (...) Ich denke die ökonomische Logik, die dahinter steckt, eine Menge toxischen Abfall in Länder mit den niedrigsten Löhnen zu verfrachten ist tadellos und wir sollten dies erkennen. (...)"

Larry Summers, damaliger Chefökonom der Weltbank, am 12. Dezember 1991 in einer internen Kommunikation. Summers war von 1999-2000 Mitglied der Regierung Clinton und ist aktuell Präsident der Universität Harvard.

KAMPAGNE "BERGWERK PERU - REICHTUM GEHT, ARMUT BLEIBT"

Hintergrund

Auf der Internationalen Tourismusbörse 2004 in Berlin präsentierte sich Peru als attraktives Reiseziel. Peru ist auch ein Land des Bergbaus, der noch vor dem Tourismus als wichtigste Deviseneinnahmequelle Perus rangiert.

50% der Exporterträge Perus kommen aus dem Bergbausektor. Der Beitrag zur Wirtschaftsleistung Perus liegt aufgrund niedriger Weltmarktpreise und weitestgehend fehlender Rohstoff verarbeitender Wirtschaftsstrukturen jedoch nur bei 6-7%.

Trotz des mineralischen Reichtums des Landes leben gegenwärtig 54% der insgesamt 27 Millionen Peruanerinnen und Peruaner in Armut.

Etwa 250 Minen befinden sich in Peru gegenwärtig in Betrieb. Für die Menschen in den betroffenen Orten und Regionen heißt dies oft: Verschmutzung wichtiger Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft durch Verwendung toxischer Stoffe bei der Erzgewinnung und Rückstände des Produktionsprozesses. Außerdem soziale Probleme infolge konflikthafter Land- und Ressourcennutzung und Mißachtung grundlegender Rechte durch Staat und Minengesellschaften. Zudem gefährden Bergbauprojekte funktionierende ökonomische Strukturen wie z.B. die Landwirtschaft, ohne langfristig eine Alternative zu bieten.

Notwendige Aktivität einerseits, vielfach negative Auswirkungen in den Bergbauregionen andererseits - zwischen diesen Polen steht der Bergbau. Die Kampagne zeigt aktuelle Entwicklungen in Peru und nennt Maßnahmen, die notwendig sind, damit die Menschen mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte erhalten.

Informationen zur Kampagne

Die Kampagne will die Auswirkungen des Bergbaus auf Mensch und Umwelt in Peru in die bundesdeutsche Öffentlichkeit tragen.

Es werden Partnerorganisationen unterstützt, die sich einsetzen für die Mitentscheidung der Bevölkerung bei Bergbauprojekten, für den Schutz der Betroffenen und für stärkere Impulse und die Gestaltung von alternativen Wegen in der lokalen Entwicklung.

Gleichzeitig soll die internationale Handelspolitik der Bundesregierung kritisiert und das Konsumverhalten der deutschen Bevölkerung problematisiert werden.

Die Kampagne ist eine gemeinsame Aktion von bundesdeutschen Gruppen und Organisationen, die mit Partnergruppen und -organisationen in Peru zusammen arbeiten und über die alltägliche Arbeit Auge und Ohr an der Bergbauproblematik haben.

Im Juni 2004 sind Gäste (Yury Cahuata/Sozialsekretariat der peruanischen Bischofskonferenz, Nilton Deza/Universität Cajamarca und ECOVIDA, Francisco Ojeda/Bürgermeister aus Tambogrande) zu Besuch in Deutschland. Sie nehmen an zahlreichen Veranstaltungen teil und werden Gespräche mit VertreterInnen verschiedener Institutionen, von Presse und Medien führen.

Die Träger der Kampagne sind:

Caritas International - Diözese Mainz (Referat Weltkirche) - FIAN Deutschland e.V. -
Informationsstelle Peru e.V. - Kirchliche Peru-Partnerschaftsgruppen in Deutschland -
Kolping International - MISEREOR - Pidcafe - Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick -
Cajamarca - Volkshochschule Ulm